

Arbeiter-Zeitung

Zonnerstag, 28. Januar 1937
Ausg. A. 14. Jahrgang Nr. 21

Einzelheft 10 Pf. mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. Bezugspreis:
Abbest. 30 Pf. + 8 Pf. Botenlohn = 60 Pf., monatl. 2,10 Mk. + 50 Pf.
Botenlohn = 2,60 Mk., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen
monatlich 2,60 Mk., unter Streifen 3 Mk. Anzeigenpreis: Die
abgeschaltete Mittelzeile oder deren Raum 12 Pf., Bereichs- u. Ver-
sammlungsanzeigen 6 Pf. Kleinaufträge: Die dreizehntelne Mittel-
zeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Annahmestunde in der
Hauptredaktion nur 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Fern-
sprecher 460 89. Postfachkonto: Breslau
Nr. 544. Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Korbe-
haus). Fernsprecher 439 02. Ebrechzeit der Redaktion: Montag bis
Freitag von 17—18 Uhr. Filialredaktion: G. Hellig, Cortz 4,
Fernsprecher 2381. Geschäftszeit von 8—10 Uhr. — Verlagsort: Haupt-
verlag: Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H.,
Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Fernsprecher 460 89.

20 000 Bergarbeiter im Streit

Drei weitere Gruben haben sich dem Streit angeschlossen — Vor weiterer Streitverbreiterung

Gegen Lohnabbau und Pilsudski-Diktatur

Rattowitz, 28. Januar. (Eig. Drahtber.) Die Streikfront der ostoberschlesischen Bergarbeiter hat eine Erweiterung erfahren. Dem Streit haben sich gestern die Laura-Grube, die Langewitz-Grube und die Barbara-Grube angeschlossen. Es streiken unge-
fähr zurzeit 20 000 Bergarbeiter. Die Kampf Stimmung ist im Steigen begriffen und es ist damit zu rechnen, daß heute weitere
Gruben in den Streit treten.

Vom „zweiten Mann“ zur „Eisernen Front“

Vor einem Jahr gab Wels für die Sozialdemokratische Partei die Parole heraus: „Wo bleibt der zweite Mann?“ Der zweite Mann, der parteilose Arbeiter, hat die Partei der Roten Verordnungsorgane gemieden. Der „zweite Mann“ hat dem sozialdemokratischen Parteivorstand die kalte Schulter gezeigt.

Morgen politischer Massenstreik in Braunschweig

Braunschweig, 27. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die Erregung der über den Tod des Reichsbannerarbeiters Meier ungeheuer empörten Arbeiterschaft wächst ständig. Unter dem Schutze der Polizei durchziehen mit Knüppeln und Eisenstangen bewaffnete Nazis die Stadt und überfallen einzelne Arbeiter und Reichsbannerarbeiter. Zur Verstärkung des Terrors haben die Nazis aus Berlin und anderen Orten Verstärkung bestellt, darunter den berühmtesten Mordsturm 33. Es ist darum mit neuen schweren Zusammenstößen zu rechnen.

Die Arbeiterschaft sammelt sich in roter Einheitsfront unter Führung der Kommunistischen Partei. Um diesen Kampf zu hemmen, hat die Polizei zwei führende Genossen der Braunschweiger Partei in Schutzhaft genommen. Sie sollen so lange in Haft bleiben, bis wieder „Ruhe“ hergestellt ist.

Unter dem Druck der maßlos empörten Arbeiterschaft haben SPD, ADGB und Reichsbanner ihre ursprüngliche Parole, nur fünf Minuten Trauer am Tage der Beerdigung des Reichsbannerkameraden Meier einzulegen, fallen lassen müssen. Diese reformistischen Organisationen haben sich jetzt der Parole der Kommunistischen Partei, am Beerdigungstage einen Proteststreik durchzuführen, anschließen müssen. Mit Ausnahme der lebensnotwendigen Betriebe werden also morgen alle Braunschweiger Betriebe stillstehen. Es ist mit einem Massenaufmarsch von zehntausenden Arbeitern zu rechnen. Die Bewegung steht vollkommen unter dem Einfluß der Kommunistischen Partei.

Der Braunschweiger Polizeipräsident hat eine Polizeiverordnung erlassen, wonach das „Stehenbleiben ohne ersichtlichen Grund, das müßige (?) Auf- und Abgehen sowie Ansammlung von Personen unter freiem Himmel“ verboten ist. Gleichzeitig wurden alle aus Anlaß der Beerdigung des von den Nazis ermordeten Jungarbeiters geplanten Kundgebungen verboten. Mit diesen Polizei-

verordnungen soll der Vormarsch der roten Einheitsfront gegen den Naziterror aufgehalten werden.

KPD.-Erfolg im DNb. Miesty

Miesty, 27. Januar. Die Wahlen zur Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes sind ein glänzender Sieg für die Opposition. Von sieben Verwaltungsmitgliedern wurden vier Genossen der Opposition gewählt. Die Verwaltung lag bisher gänzlich in den Händen der Reformisten.

Wieder ein neuer KPD.-Erfolg an der freigewerkschaftlichen Front. Dieses Beispiel muß mit dazu beitragen, unsere Arbeit in den Gewerkschaften gegen die Bürokratie und ihre willkürlichen Elemente zu vereinfachen. Die Fraktionsarbeit der KPD. muß in den Gewerkschaften stärker wie bisher eingekehrt. Dort wo noch keine Ortsverwaltungen stattgefunden haben, müssen die KPD.-Kollegen sofort in einer Sitzung dazu Stellung nehmen. Unsere Fraktionen müssen jetzt auch die Frage der Kandidatur des roten Arbeiterkandidaten, Genossen Ernst Thälmann, in den Mitglieder-
versammlungen usw. stellen. Auch die freigewerkschaftlichen Kollegen müssen sich für den roten Arbeiterkandidaten, gegen den Kandidaten oder die Kandidaten der Rechten entscheiden.

Jungarbeiterstreik gegen Arbeitsdienstpflicht

Waldenburg, 27. Januar. Die Jungverwerbslosen in Wüstegiersdorf, die Zwangskurse — die verfeinerte Form der Arbeitsdienstpflicht — durchführen sollten, sind heute geschlossen in den Streit getreten. Der Streik steht unter Führung der KPD. Die Jugendlichen wählten sich ihren Kampfausschuß und sind entschlossen, so lange die Kampffront aufrechtzuerhalten und zu erweitern, bis ihre Forderungen restlos erfüllt werden.

Nach 30 Jahren SPD.-Mitgliedschaft zur KPD.

Sörlich. Der Kommunistischen Partei ist der Genosse Heinrich Richter aus Rothwasser O. beigetreten. Richter ist Mitglied des Bauergewerksbundes seit dem Jahre 1896, Mitglied der SPD. seit 1901. Er war lange Jahre Gemeindevertreter der SPD. in Rothwasser. Der Genosse Richter sowie ein weiterer sozialdemokratischer Arbeiter aus Rothwasser sind bei einem von uns veranstalteten Diskussionsabend übergetreten.

Wir begrüßen die Genossen, die die Partei des Klassenverrats, der Roten Verordnungsorgane und des Lohnraubs verlassen haben, die den Weg zur Partei Lenins, Liebknechts und Luxemburgs gefunden haben. Wir bringen erneut den Schluß des Appells, den das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands an die SPD-Arbeiter richtete:

„Wir Kommunisten sagen euch deshalb: Wir sind ehrlich für die Einheitsfront mit euch sozialdemokratischen Arbeitern. Euer Wille zur Einheitsfront ist nicht der Kampf für die Verteidigung der bürgerlichen staatlichen Positionen von Polizeiministern und Polizeipräsidenten, sondern für die Verteidigung der proletarischen Massen- und Lebensinteressen. Eure Einheitsfront kann nur im schärfsten Kampfe gegen die Brüning-Braun-Severing-Diktatur den Faschismus überwinden und die Nationalsozialistische Partei des Arbeitermordes zerschlagen.“

Es lebe die kämpfende proletarische Einheitsfront! Es lebe der brüderliche gemeinsame Kampf der Kommunistischen, sozialdemokratischen und aller Arbeiter gegen die Feinde der Arbeiterklasse!
Es lebe der revolutionäre Sieg des Sozialismus in Deutschland!“

Wo blieb der zweite Mann? 200 000 „zweite“ Männer traten als neue abgerechnete Mitglieder in die Sturmreihen der deutschen Sektion der Kommunistischen Weltpartei ein. Vielleicht 1 1/2 Millionen oder mehr haben sich in diesen zwölf Monaten der proletarischen Einheitsfront des Kommunisten nicht nur als neue Wähler, sondern als Mitkämpfer an allen Fronten des revolutionären Klassenkampfes angeschlossen.

Der zweite Mann am Schraubstock, der zweite Mann auf der Straßenbahn und auf dem Omnibus oder in der U-Bahn, der zweite Mann an der Stempelstelle, der zweite Mann im Wartezimmer auf dem Volksfahrtsamt, der zweite Mann in der Mietkammer oder in den kammertlichen Stuben der Laubkolonnen — er hat sich mit Verachtung von der Sozialpolitik der Sozialdemokratie für die kapitalistische Diktatur abgewandt. Er hat die rote Front als seine Front erkannt. Schulter an Schulter mit den Kameraden der gleichen Rot, Hand in Hand mit den proletarischen Frauen — sie alle kämpfen für unsere proletarische Klasse.

Sie haben durch ihre eigenen bitteren Erfahrungen im vergangenen Jahre der Brüningdiktatur die Möglichkeit der großen Lösung des internationalen proletarischen Kampfliedes erkannt:

„Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun.“

Aber auch Tausende und aber Tausende der „ersten“ Männer, der Arbeiter der Sozialdemokratie und des Reichsbanners, haben mit heißer proletarischer Empörung die Reihen der Welspartei in diesem Jahre verlassen. 5, 10, 15 20 Jahre haben sie in jener Partei gestanden, immer wieder schon von Zweifel erfüllt — an eine Wandlung dieser Partei geglaubt und doch erkennen müssen, daß diese Partei unumwandelbar ein Instrument der kapitalistischen Klassenherrschaft die wichtigste Stütze der kapitalistischen Diktatur, eine Partei des Streikbruchs und der sozialfaschistischen Unterdrückungspolitik geworden ist.

Kan lese die Erklärungen, die fast täglich in der kommunistischen Presse veröffentlicht werden: Jeder Satz eine Abrechnung mit den Wels und Freisheid! In jedem Satz die Erkenntnis, daß die einzige Partei des revolutionären Sozialismus, die einzige proletarische Klassenpartei die Kommunistische Partei ist.

So hat Herr Wels seine Kellnermetzger für den „zweiten Mann“ vergeblich gerührt. Lauter als die trügerischen Lötöne der Sozialdemokratie war die Sprache ihrer knapellofen Unterdrückung der Roten Verordnungsorgane. Eindringlicher als die größten Suchtuben in den Kuffen des „Vorwärts“ wirkten die Folgen des sozialdemokratischen Arbeiterverrats, die jede Arbeiterfamilie und jeder Angestellte am eigenen Leibe zu spüren bekam. Heberzeugender als alles Gerede der SPD. über den „Sozialismus“ ist die Sprache der Tatsachen ihrer

Wir eröffnen den Wahlkampf Thälmann gegen Hindenburg Kandidat der Arbeiterklasse Kandidat der Kapitalisten

Darüber spricht in einer
Öffentlichen Volks-Versammlung

am Donnerstag, 28. Januar, im Schießwerder der Gen. Fritz Jendrosch
Mitglied des Preussischen Landtages. Beginn 20 Uhr. Eintritt: Vollarbeiter 30 Pfg., Erwerbslose 15 Pfg.

Betriebsarbeiter, Erwerbslose, Angestellte, Beamte, Mitteleändler, SPD- und SAP-Arbeiter, erscheint in Massen

Kampfpolitik, die antihydraulische, antimilitarische, antiparlamentarische und der Unterdrückung Thüringens dient.
 Es ist nichts Neues, daß ein bankrotter Vorden sich eine neue Signale wählt. Da kommen nun die Herren vom sozialdemokratischen Parteiparlament und die patentierten Streikführerorganisationen von der Spitze des ADGB, mit samt ihrem neuen Militärspzialisten Holtermann — und geben statt der Parole vom „zweiten Mann“ die Parole von der „Eisernen Front für Volksrechte, gegen Diktatur“ heraus. Jede Forderung in dem geistlichen Aufbruch der „Eisernen Front“ ist eine Lüge und wird durch die bisherigen Taten dieser Führer widerlegt.

„Eiserne Front für soziale Gerechtigkeit!“ Sie ist für die Notverordnungspolitik, für den Lohnabbau, für den Streikbruch, für den Unterdrückungsabbau, für den Rentenabbau. Sie ist mit Herz und Hand für alle vier Notverordnungen eingetreten.

„Eiserne Front für wirtschaftliche Gesundung!“ Sie ist mit Brüning für die Millionenangelegenheiten an die bankrotten Industriellen und Großbanken, für die Massenentlassungen der Arbeiter und Angestellten, für den Schug und die Verteidigung des kapitalistischen Profitstystems eingetreten.

„Eiserne Front für außenpolitische Freiheit!“ Sie tritt für die Youngpolitik der deutschen Bourgeoisie ein — und soeben hat erst die Kölner Tagung der 11. Internationale die Verewigung des ausbeuterischen Systems der imperialistischen Tribute in ihrer Entschiedenheit unterstügt. Wie die deutsche Sozialdemokratie für Wehrlos und Panzerkreuzer, so treten die französischen „Sozialisten“ für die mahnwichtige Rüstungspolitik des französischen Imperialismus ein.

„Eiserne Front für Volksrechte, gegen Diktatur!“ Wer hat die proletarischen Demonstrationen, wer hat den ADGB, wer in zahllosen Fällen die proletarischen Zeitungen verbrennt? Seetung, Größnisst und andere sozialdemokratische Polizeipräsidenten! Wer hält die SA legal? Die Preußenregierung! Wer unterstügt die Durchführung der faschistischen Diktatur, wie sie unter Brüning's Führung betrieben wird? Die SPD!

Jede politische Handlung der Sozialdemokratie gilt der Beseitigung der Volksrechte und der Verteidigung der kapitalistischen Diktatur.

Die „Eiserne Front“ vertritt diese Politik! Sie will durch lautes Geschrei gegen die Nazi-Partei ablenken von der Rolle ihrer eigenen Politik, die den Hitlerfaschisten überall den Weg bereitet. Niemand anders als die Sozialdemokratie hat dadurch, daß die Nazis ihre kapitalistische Politik als „Marxismus“ hinstellen können, den antimarxistischen Betrug der nationalsozialistischen Scheibhüter des Kapitalismus ermöglicht.

Die Parole vom „zweiten Mann“ ist der Sozialdemokratie entzogen. Sie ist verpufft. Unsere Aufgabe als Führer der roten Einheitsfront der proletarischen Revolutionen und aller Werktätigen ist es, fest den Charakter der „Eisernen Front“ als einer Schaarformation der Politik des Lohnabbaues und des Streikbruchs, als einer Schaarformation des kapitalistischen Systems, als einer Organisation zur Sicherung der Notverordnungspolitik zu enthüllen und dagegen in den Gießerischen die rote Einheitsfront des einheitlichen proletarischen Klassenkampfes zu schaffen.

Stellen wir in den Fernreden, stellen wir innerhalb der Gewerkschaften mit höchster Entschiedenheit die norddeutsche Streikführerpolitik der SPD-Führer in den Mittelpunkt der Diskussion dann wird jeder Arbeiter es ebenso als eine Unschöne empfunden, den „Hammerhaken“ von Weipart und Holtermann anzugehören, wie den Streikführer von Meier.

Die „Eiserne Front“ marшиert auf ökonomischen Forderungen und Reichsbannerarbeiter werden sich für eine fremde Sache, die Sache der Bourgeoisie, nicht schlagen. Sie werden für die Sache ihrer Klasse, sie werden in der roten Einheitsfront unter Führung der Kommunistischen Partei bei den kommenden Kämpfen marschieren.

Schüler als die „Eiserne Front“ ist der revolutionäre Marxismus!

Der blutige Naziterror in Braunschweig

Das Zeugnis eines bürgerlichen Vorgesetzten.

Der Korrespondent der bürgerlichen „Berliner Volkszeitung“, eines Organs, das bei jeder Gelegenheit eine wilde Kommunifenschege entfaltet, berichtet am 26. Januar aus Braunschweig:

„Die Nationalsozialisten setzen ihre planmäßigen Provokationen der Arbeiterbevölkerung fort. Heute abend rückten die Inassen der SA-Heime geschloffen aus, mit Melde- und Aufklärungsfahrern an der Spitze. Ein Oberführer leitete, ähnlich wie seinerzeit auf dem Ausrüstendamm, die gegen Arbeiterviertel gehende Aktion von einem Auto aus. Die Nationalsozialisten, die mit Säcken und Eisenstangen, und wie sich später herausstellte, auch mit Schußwaffen versehen waren, schwenkten aus und schlugen auf Passanten, Neugierige usw. ein. Die Arbeitererschaft der bedrohten Strassen setzte sich zur Wehr. Es kam erneut zu blutigen Zwischenfällen, bei denen von nationalsozialistischer Seite auch geschossen wurde. Die Zahl der Verletzten steht noch nicht fest. Schaulustiger gingen in Trümmer. In der ganzen Stadt herrschte größte Aufregung.“

Diesem imperialistischen Naziterror ist in den letzten Tagen der Reichsbannerarbeiter Meier zum Opfer gefallen. Die Arbeiter brängen zum Zusammenschluß und zum Proteststreik, doch die sozialdemokratischen Führer Braunschweigs wüßten in diesem Moment nichts anderes zu tun, als eine wilde Hege gegen die rote Einheitsfront zu entfalten und mit allen Mitteln gegen das Zustandekommen von Protestaktionen zu arbeiten. Aber nicht nur das. Der nationalsozialistische Innenminister Klages handte dem sozialdemokratischen Volksfreund eine Verurteilung, daß der Reichsbannerarbeiter Meier von seinen eigenen Kameraden erschossen worden sei. Das sozialdemokratische Blatt drückte diese Ingeheuerliche Verurteilung ab. Klages betrieb sich bei seiner Forderung auf die Presse-Notverordnung der Brüningregierung, deren Aufhebung die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ausdrücklich abgelehnt hat. So haben die SPD-Führer den Nazis die Waffen gegen die Arbeiter in die Hand gegeben. Der nationalsozialistische Innenminister Klages braucht sich nur der von den SPD-Führern begünstigten Notverordnungen zu bedienen, um eine Zwede zu erreichen.

Wie überall in Deutschland erkennen besonders auch die Arbeiter in Braunschweig, in welcher Weise die SPD-Führer bei der Durchführung der faschistischen Maßnahmen mitwirken haben. In immer größerer Zahl ziehen sie daraus die Konsequenz, die Kampfstreifen der roten Einheitsfront zu verstärken.

Kampfforderungen der wertfätigen Bauern!

Einflimmig erhoben vom Reichs-Bauernkongreß

Auf dem ersten deutschen Reichsbauernkongreß am 23. und 24. Januar in Berlin wurde einflimmig eine Kundgebung angenommen, in der als wichtige Kampfforderungen u. a. angeführt werden:

1. Alle Mühlstände öffentlicher Abgabe-Dasten für die schaffenden Bauern, Pächter und Siedler zu streichen, alle Pfändungen und Zwangsversteigerungen gegen sie einzustellen. Befreiung der hohen Steuern und Abgabeposten für die wertfätigen Bauern.

2. Entschuldung des bäuerlichen Besitzes und der Siedlerstellen von Hypotheken-Dasten, Herabsetzung der Pachtzinse für kleine und mittlere Pächter, Schug vor Entziehung des Pachtlandes durch den Pächter, kurzfristiges Kündigungsrecht für den Pächter, Aufhebung der Beschränkungen des Verfügungsrechtes über den Boden und die Produkte der Bauernschaft durch Aufhebung des Reichsmilchgesetzes, des Anbauverbotes für Hybridenreben, der Zuderrüben- und der Tabak-Kontingentierung und der Beschränkung für bäuerliche Kleinbrenner.

3. Befreiung des Landhungers der landarmen Bauern, Jungbauern und Landarbeiter durch kostenlose Bereitstellung der Robens der Großgrundbesitzer und aller nutzbaren, aber nicht bewirtschafteten Flächen.

4. Statt Diktatur — Hilfe für die schaffenden Bauern Einsetzung jeder staatlichen Hilfe für die Großbetriebe und Uebergabe der hierfür bewilligten Mittel für Bauern, Pächter und Siedler. Sofortige Befreiung aller bäuerlichen Familienbetriebe mit verbilligter Saatfrucht, Düngemittel- und Kraftfuttermitteln, sowie notwendigen Wirtschaftsgütern unter zinsloser Etundung des Kaufpreises.

5. Herabsetzung der Prämien für alle landwirtschaftlichen Versicherungen sowie der elektrischen Strompreise und Streckung aller öffentlichen Gebühren.

Unentgeltliche Fachberatung (Bodenuntersuchung usw.) durch die Landwirtschaftskammer.

6. Uebernahme der alle wertfätigen Schichten bedrückenden Soziallasten sowie der Kreis- und Gemeinde-Ausgaben für soziale Fürsorge durch den Staat. Besondere Unterstützung der armen Gemeinden, Sicherstellung kostenloser ärztlicher und tierärztlicher Hilfe und Sicherung des Lebensabends der wertfätigen Bauern und Bäuerinnen.

7. Behebung der Abzugsrisse für Produkte der bäuerlichen Wirtschaft durch einschneidende Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit und durch Erhöhung der Löhne. Großzügige Notstandsarbeiten auf dem Gebiete der Meliorationen, Aufzucht, Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, wozu die Mittel aus der Einstellung der hohen Pensions- und Gehaltszahlungen und durch Besteuerung der hohen Einkommen zur Verfügung stehen.

8. Beseitigung der Kulturnot des Landes durch Ausbau des Dorfschulwesens, Schaffung von Gemeindebüchereien, unentgeltlicher landwirtschaftlicher Fortbildungs-Kurse unter Einsetzung auf die Bedürfnisse der Bauernwirtschaft.

9. Freilassung aller revolutionären bäuerlichen und proletarischen Gefangenen, Niederschlagung aller Strafen wegen Uebertretung bauernfeindlicher Verordnungen und Gesetze, Einstellung aller Prozesse gegen revolutionäre Bauern.

10. Aufhebung der Notverordnungen der Regierungen des Reiches und der Länder.

Schon aus diesen Forderungen ist zu ersehen, daß die Maßnahmen der herrschenden kapitalistischen Klasse dazu geführt haben, daß der wertfätige Bauer in vielfacher Form bedrückt, ausgefogen und in tiefste Not geführt worden ist. Auch die Arbeiterschaft muß überall erkennen, wo den wertfätigen Bauer der Schug brüht, denn gemeinsam müssen Arbeiter und Bauern um ihre Forderungen, um Brot und Freiheit, den Kampf führen.

SPD-Arbeiter rufen!

„Wie wählen Thälmann!“

Berliner Abteilungsverammlung in größter Empörung gegen den Hindenburgkurs

Auf dem Jahlabend der 39. Abteilung der Berliner SPD am 13. Januar im Baugewerkschaftshaus Großbeerenstraße kam es zu schärfsten Zusammenstößen zwischen dem Referenten Krotoschiner und den sozialdemokratischen Arbeitern. Schon während des Referats herrschte eine große Unruhe, die sich zu einem richtigen Tumult steigerte, als der Referent auf eine Anfrage, ob die SPD für Hindenburg stimme, erklärte: „Wir sind in einer sehr schwierigen Lage. Hindenburg ist in diesem Falle das „kleinere Uebel“.“

Diese Aeuerungen gingen unter in stürmischen Zwischenrufen der sozialdemokratischen Arbeiter. Die empörten Arbeiter riefen: „Wir wählen Thälmann!“

Die Diskussionsredner rechneten scharf mit der Hindenburg-Politik der SPD ab. Der Abteilungs vorsitzende erklärte, daß auf die Stimmen der Mitglieder oben nicht gehört werde. Diese Politik der Partei könne man nicht mehr verantworten.

Ein anderer Diskussionsredner trat für die Diktatur des

Proletariats ein, von der in der SPD nicht mehr die Rede sei.

In seinem Schlußwort entschuldigte sich Krotoschiner und erklärte, er habe in der Frage der Hindenburgwahl nicht seine Meinung wiedergegeben, sondern das, was Dr. Herk auf der Referentenkonferenz der SPD erklärt hätte. Diese Mitteilung löste einen erneuten Sturm der Empörung aus.

Die Vorgänge in der 39. Berliner Abteilung sind symptomatisch für die Einstellung der sozialdemokratischen Arbeiter. Die Bereitwilligkeit der SPD-Führer, gemeinsam mit den Nazis für Hindenburg einzutreten, hat vielen sozialdemokratischen Arbeitern die Augen über die wahre Bedeutung der „Eisernen Front“ geöffnet. Die „Eiserne Front“ ist die Front für Hindenburg und Brüning, die Front der Notverordnungs-diktatur. Aber die sozialdemokratischen Arbeiter reißen sich in die rote Klassenfront unter Führung der Kommunistischen Partei ein.

Parteiarbeiterkonferenz von Groß-Breslau

Gegen alle Parteifeinde!

Für die bolschewistische Geschlossenheit der Partei!

Breslau, 28. Januar. Gestern fand in „Hofmanns Festsaal“ die Parteiarbeiterkonferenz für Groß-Breslau statt. Der Genosse Wommerl behandelte in seinem Referat die politische Lage, in Verbindung damit die verhärtete Lage der Partei und die Aufgaben der Partei. Der Genosse Wommerl ging ein auf die fortgesetzten Versuche des „Abwärtens“, der mit den Mitteln der Provokation, des Spiegels und des Schloßens usw. versucht, die Partei zu zerlegen, und beschränkte ausführlich: Warum die Parteiführung Josef Hentschel und August Reimann aus der Partei ausschließen mußten?

Der Vertreter des SA der Partei ging ein auf die Rolle der Partei im revolutionären Massenkampf; behandelte das Wesen der Parteidemokratie und der revolutionären Disziplin und rechnete scharf ab mit allen offenen und versteckten Parteifeinden. Die Genossen, die hier als Verteidiger von Reimann auftraten, haben vor der Parteiführung klipp und klar zu erklären, ob sie mit Reimann, oder mit der Partei gehen wollen? Während man sich in den anderen Bezirken und Ortsgruppen der Partei über die Frage beschäftigt: Wie führen wir am besten und schnellstens die Beschlüsse der Partei durch, beschäftigt man sich hier mit Fragen, die die Partei von ihrer revolutionären Massenarbeit abhalten.

Wir müssen endlich auch in Breslau an die wirkliche Durchführung der politischen Aufgaben herangehen. (Beifall.)

Nach einer ausführlichen Diskussion, in der im Vordergrund die politischen Aufgaben standen, wurde die nachstehende Entschloßung mit überwältigender Mehrheit angenommen. Von über 180 anwesenden Parteiarbeitern, haben nur zwei gegen die Entschloßung gestimmt. Der Stimme haben sich 8 Teilnehmer enthalten.

Die gültige Breslauer Parteiarbeiterkonferenz hat klar und deutlich hervorgehoben, daß die Breslauer Parteiorganisation auf dem Wege ist, die Reihen gegen alle parteifeindlichen und parteiverleumdenden Elemente zusammenzureißen.

Die heute, am 27. Januar, tagende Parteiarbeiterkonferenz von Groß-Breslau begrüßt den Beschluß der Parteiführung auf Anschluß der früheren Mitglieder August Reimann und Josef Hentschel wegen ihres Kampfes gegen die Parteiführung und Parteiführung mit fraktionellen und provokatorischen Mitteln, wegen ihrer parteizergehenden Arbeit. Sie haben sich mit allen schwanfenden und zerlegten Elementen in der Partei strotzowell zum Kampf gegen die politische Linie der Partei und gegen die Parteiführung zusammengeschlossen. Die sich immer mehr zuspitzende politische Situation, die sich von Tag zu Tag

verschärfenden Angriffe des Klassenfeinde gegen die Partei des Proletariats, gegen die Partei, die die entsetzlichen Massenkämpfe zum Sturz des bankrotten kapitalistischen Systems vorbereitet, erfordert von jedem Parteimitglied ein Höchstmaß von revolutionärer Disziplin und Tatkraft. Solche Elemente sind nicht nur ein Bremskloß in der Entfaltung der revolutionären Massenarbeit, sie sind im wahrsten Sinne Parteifeinde. Ihr Ausschluß wird dazu angetan sein, die Reihen der Partei in bolschewistischer Weise zusammenzureißen, die Schlagkraft der Partei im Kampfe gegen Notverordnungs-diktatur, Lohnraub und Faschismus, gegen alle Volksfeinde zu erhöhen.

Die Parteiarbeiter, die auf dem Boden der bolschewistischen Genetralinie stehen, werden mit verzehnfachter Kraft sofort an die Durchführung der drei wichtigsten Aufgaben — Organisation von Massenstreiks, Massenaktionen der Erwerbslosen, verstärkte Oppositionsarbeit in den ADGB-Gewerkschaften — herangehen.

Die Parteiarbeiter werden sofort in die Kampagne zur Reichspräsidentenwahl in der Linie der revolutionären Massenmobilisierung eintreten.“

Klages diffiert mit Notverordnung

Obwohl durch Zeugen einwandfrei festgestellt ist, daß der Minister des Jungreichsbannermannes Meier in Braunschweig ein nationalsozialistischer ist, hat am Dienstag der nationalsozialistische Polizeiminister Klages in einer amtlichen Verlautbarung, zu deren Aufnahme er den sozialdemokratischen „Volksfreund“ auf Grund der Notverordnung zwang (!), die unwahre Behauptung seiner Parteifreunde aufgegriffen, Meier sei von seinen eigenen Reichsbannerkameraden erschossen worden.

Schafft rote Wahlhelfergruppen zur Reichspräsidentenwahl!

Breslau

Breslau, 28. Januar.

Die Massen marschieren mit Lenins Partei

Die am Dienstagabend im „Bergeller“ stattgefundene 22. Gedenkfeier nahm einen glänzenden Verlauf und zeigte erneut die Verbundenheit der Massen des Proletariats mit der Partei Lenins, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburgs. Die proletarischen Weissen des Arbeiter-Musik-Bereins leiteten die Veranstaltung ein.

Nach einer kurzen Einleitung nahm die Kundgebung ihren Anfang. Die Darbietungen der Kindergruppe und des Mundharmonika-Bereins bestanden mit großem Beifall aufgenommen. Der Arbeiter-Sportverein „Fichte“ brachte sehr gut gelungene sportliche Darbietungen. Die Gedächtnisrede hielt Genosse Frank. In mitreißender und auferweckender Weise zeigte er den Weg, den unsere in den Januarjahren gemordeten und geliebten Führer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gegangen sind. In zündender Weise zeigte er das Leben unseres großen Führers Lenin.

Leider konnte das vorgesehene Programm nicht in seiner Folge durchgeführt werden, da der angeforderte Redaktor durch verschiedene Umstände an seinem Erscheinen verhindert war. An seiner Stelle brachte ein anderer einige Vorlesungen. Am Schluss spielte die Kapelle die „Internationale“, in welche die Anwesenden lebhaft miteinstimmten. So fand diese gut besuchte proletarische, von revolutionärem Geist getragene Veranstaltung ihr Ende.

Frau vom Ohlauer Tor!

Wohin geht du am Freitag, dem 29. Januar? Ins Kino? Nein. Du kommst in den Buntten Abend zu Zoublik, Königgräber Straße 10. Dort hörst du Lieder, Rezitationen und ein Theaterstück. Frauenabteilung Ost.

Keine Zelle, keine Massenorganisation ohne politischen Presseobmann

Konferenz der politischen Presseobleute von Groß-Breslau am Sonntagabend, dem 30. Januar, 18 Uhr im Expeditionsaal der „Arbeiter-Zeitung“, Trebnitzer Straße 50, Vorderhaus. Jeder Stadtteil, jede Zelle, jede Massenorganisation entsendet ihre politischen Presseobleute. Verlag der „Arbeiter-Zeitung“.

Unter Kontrolle der Massen

Sturmwoche des SPD. und wie sie sich der Polleiter von Scheitern stellt. Als Auftakt der Sturmwoche findet am Sonntagvormittag eine Haus- und Hofpropaganda statt. Der Polleiter des Stadtteils Scheitern, Genosse W., erklärte in einer Aussprache mit einem anderen Genossen: „Ich war heute vormittag auf dem Ring und konnte mich an der Agitation nicht beteiligen. Wo ich meine „Junge Garde“ verlaufe, ist doch ganz gleich.“

Solche Polleiter müssen durch die Mitglieder schnellstens entfernt werden. In der heutigen Situation dürfen wir solche Elemente in der Führung unseres Verbandes nicht mehr dulden. Wir fordern alle Jungkommunisten und darüber hinaus alle Jungarbeiter auf, mit uns gemeinsam den Kampf gegen diese Erscheinungen aufzunehmen.

JKS, Stadtteil Zentrum

Wegen der am Freitagabend in Hoffmanns Festsaal stattfindenden 22. Gedenkfeier findet die angeordnete Versammlung nicht statt. Es wird ersucht, daß alle Mitglieder die Veranstaltung, bestehend in musikalischen Darbietungen des Arbeiter-Musikvereins Ost und des Arbeiter-Orchesters, Aufstehen der „Roten Kinder“, Jugendaktive und der Agitationsgruppe der Jungpioniere und sportlichen Darbietungen, besuchen. Mitwirkung namhafter Künstler ist auch ungewiss.

„Landvolk in Not“

Dem Bündnis der Rotgemeinschaft werltätiger Bauern Schlesiens entsprechend, hatte die 22. Schlesia der SPD. alle Landobleute und Funktionäre der Partei und aller Nebenorganisationen für Montag, den 26. Januar, zum Besuch des Dreh-Stich-Films „Landvolk in Not“ ausgerufen. Der Film zeigte im ersten Teil, wie das deutsche Landvolk immer tiefer und tiefer ins Elend stürzt. Der zweite Teil zeigte klar, warum dies im kapitalistisch regierten Deutschland nicht anders möglich ist. Der dritte Teil bewies, daß alle Maßnahmen der kapitalistischen Regierung nicht den Werktätigen des Dorfes, sondern den Großen und Reichen hilft. Ostfriesengebiet, Hochwassererschädigung für die Großbesitzer; Zwangsversteigerung, Kopskneuer und Notverordnungen für die Werktätigen des Dorfes. Als vierter Teil wurde uns hier freie Bauer auf dem Traktor in Rußland gezeigt. Dort im Vaterland der Arbeiter und Bauern gibt es keine Dürst für die Satten. Dort gibt es Hilfe für alle Werktätigen. Der fünfte Teil zeigte den Weg, den wir gehen müssen, um auch aus dem Elend herauszukommen.

Zum Schluß erwähnte der Genosse Wrehm alle Anwesenden, die uns zur Verfügung stehende Zeit nicht zu verschwendend, sondern alle Provokateure und Spione, welche die Gegner immer wieder verlocken, in unsere Reihen zu schmuggeln, um dadurch die Einheitsfront zu zerschlagen, zu beseitigen, und klar und selbstbewußt mit dem Kandidaten der Werktätigen, Ernst Thälmann, gegen den Kandidaten der Satten und Reichen den Kampf zu organisieren und zu führen. Für Land und Brot, Freiheit und Frieden!

Rote Rundfunk-Rundnotizen

Mi. Donnerstag. Die Bücherbesprecherin Christa Niesel-Lessenthin ist eine reaktionäre Schreibe, also lassen wir sie um 15.15 Uhr in die Luft reden. — Hörnermeier schiebt die „Tovograhischen Spaziergänge durch Breslau“ um 17 Uhr mit Erich Fandberg. — Auffällig ist die Kriminalromane „Mordung! Hochspannung!“ um 21.10 wenigstens spanner! — Um Freitag werden wir um 15.50 in der Bücherstunde Gad M. Lippmann, der einige interessante Reiseschüler bespricht. — Von der Revue aus dem Zoologischen Museum um 17.15 versprechen wir uns nicht viel, zumal Herbert Bahlinger kein Reporter ist. — Nachdrücklich genarrt sei vor dem „Blitz in die Zeit“ um 19.35, den diesmal der deutsch-nationale Universitätsprofessor Kachler hält. Die Arbeiterhörer bilden auf ganz andere Weise in die Zeit als Herr Nachler und verzichten deshalb gern auf die Besprechungen des Herrn Professors, der nur durch die Schuld der SPD. an Landsbergs Stelle in den „Reitblitz“ geschmuggelt worden ist. Wir wollen Herrn Nachler nicht hören! — Musikreihen hören um 20 Uhr die aus Berlin übertragene Oper „Boris Godunow“. — Über die Aufgaben der Arbeiter-Expeditionen spricht um 22.50 J. Trentzner. — Noch immer gibt es um 23.10 die mysteriöse Ufa-Schönshaus. — Sonntagabend besprechen um 15.25 Uhr Gad M. Lippmann und Herbert Bahlinger die „Filme der Woche“. Vorsicht bei Bahlinger! — Der Bücherbesprecher Sell ist in überflüssiger „Wag“, auf den die Arbeiterhörer gern verzichten können. Abhalten 2. Teil um 15.55! — Herr Schwierslott gebent um 17.30 auch unheimlich patriotisch zu werden. Vorsicht! — Der Hörbericht aus dem Laboratorium der Technischen Hochschule um 19.25 lautet unheimlich, aber die aufdringliche Art des mitwirkenden Vortragenden Rosenbergs verleiht wenig Gutes. Es ist ersichtlich, wie wenig die Funkstunde sich bemüht, tüchtige Reporter heranzubilden. Das, was jetzt „Reportagen“ macht, kann überhaupt nicht ernst genommen werden!

Der „Volkswacht“ aufs Lügenmaul

Wer hilft den Faschisten zur Macht? — Wer lügt und betrügt die Arbeiterschaft?

Breslau. Die „Volkswacht“ brachte am 22. d. M. einen Artikel unter der Überschrift: „Kommunisten verhelfen den Faschisten zur Macht.“ Die Redakteure von der Klurstrasse bedienen sich dabei des sozialdemokratischen Zeiters „Reichsbote“, um die Kommunisten des Verrats bezichtigen zu können. Wir haben inzwischen mit unseren Verossen in Hohenmölsen bezüglich dieser Angelegenheit Führung genommen und dazu folgendes erklärt: In Hohenmölsen in einem kleinen Industrieort im Zeiger Braunkohlenrevier fand im Dezember Gemeinderat statt. Kommunisten und Sozialdemokraten erschienen hierbei die Mehrheit. Das neugewählte Parlament tritt zusammen, um die Wahl des Stadtverordnetenvorstehers und des Magistrats vorzunehmen. Bevor dieses geschieht, rief die kommunistische Sektorenorganisation zu einer öffentlichen Versammlung auf, die sehr gut besucht war. In dieser Versammlung, in der die Symbole der proletarischen Bevölkerung der SPD. gehörte, legten die Vertreter der Stadtverordnetenfraktion das kommunalpolitische Kampfprogramm der Kommunisten vor. Die Sozialdemokratie war aufgefordert worden, in dieser öffentlichen Einwohnerversammlung zu diesem Kampfprogramm Stellung zu nehmen, damit ein eventuelles einheitliches Vorgehen ermöglicht wird. Es waren unter anderem folgende Forderungen aufgestellt:

Kampf gegen Gehalts- und Unterstützungsabbau, gegen Renten-Kürzung, für ausreichende Winterhilfe der Erwerbslosen und aller Notleidenden durch die Behörden. Für Aufhebung der Notverordnungen, Wiederherstellung der Presse-, Versammlungs- und Demonstrationenfreiheit. Gegen jede Ermittlung von Proletariern. Gegen Zwangsversteigerung auch bei Kleinemwerbetreibenden. Für Jugendbeschäftigung, Wöchnerinnenchutz und Schutz für Mutter und Kind, Durchführung der Schulpolitik, Ausgabe von Milch an schwache und kränkliche Kinder. Mietsfreiheit, freie Belieferung für Licht, Wasser, Übernahme der Arznelkosten für Erwerbslose usw. Insgesamt waren 15 Programmpunkte aufgestellt. Die Versammelten erklärten sich einstimmig für dieses Kampfprogramm.

Der Spitzenkandidat der SPD. Eichner, zurzeit Oberhaupt der Gemeinde, sprach sich gegen dieses Kampfprogramm aus und warnte vor den Folgen der Politik der Kommunisten. Gleichzeitig gab Eichner von der SPD. zu verstehen, daß es der SPD. weniger um die Interessen der Arbeiterschaft, vielmehr aber um die Befestigung der Posten ankommt.

Die anwesenden Proletarier zeigten nun, wie sie darüber dachten, und in der öffentlichen Versammlung wurde vorgeschlagen, den Genossen Otto als Stadtverordnetenvorsteher zu wählen. Es wurde in

dieser Versammlung noch ein Kampfausschuss für die Fortsetzung der SPD. gewählt, in welchem zwei sozialdemokratische, drei parteilose und drei kommunistische Arbeiter und Arbeiterinnen hineingezogen wurden, welche die Aufgabe hatten, die Arbeiten der Fraktionen zu kontrollieren.

Beim Zusammentritt des Stadtparlaments versuchte die SPD. durch parlamentarische Schickungen zu erreichen, daß die kommunistische Fraktion ins Unrecht kommt. Da Stimmengleichheit zwischen den Kommunisten und den Sozialdemokraten beim ersten Wahlgang herrschte, ließ der sozialdemokratische Altersvorsorger ein Los ziehen, ohne vorher festzulegen, ob das gezogene oder das zurückbleibende Los für Ausschreibung aus dem Wahlgang in Frage kommt. Auf diese Weise kam der Sozialdemokrat mit dem Bürgerlichen in die Wahl, trotz des kommunistischen Protestes. Selbstverständlich hielten unsere Genossen ihre Kandidatur aufrecht, und so wurde mit den Stimmen der Bürgerlichen der Kandidat gewählt.

Das ist kurz die Darstellung der tatsächlichen Vorgänge. Dinge lügen wir noch unsere Auffassung. Die sozialfaschistischen Volksbetrüger, welche bereits in der Volksversammlung das kommunistische Kommunalsprogramm entlehrt haben, haben damit ihre Treue zu Brünnig bewiesen und damit den besten Beweis erbracht, daß sie die Interessen der arbeitenden Bevölkerung vollkommen mißachten im Interesse der Erhaltung des kapitalistischen Systems. Ihr Geschrei: „Die Kommunisten verhelfen den Faschisten zur Macht!“ ist nichts anderes als eine ganz verlogene und unberschämte Lüge, die sie jedesmal entzünden, um ihre eigenen Schandtaten vor der werktätigen Bevölkerung zu verbergen. Gerade sie sind es doch, welche dem Faschismus den Weg bereitet haben, sie sind es doch, die es ermöglicht haben, daß durch die Brünnig-Brand- und Severing-Politik der letzte Funke der Selbstverwaltung der Kommunen beseitigt wurde. Während die Werktätigen in Stadt und Land, die Arbeiter der Betriebe und Stempelstellen die rote Einheitsfront von unten bilden gegen den immer härter amachenden Faschismus, sind die Führer der SPD. die härteste und festeste Stütze zur Durchführung der faschistischen Diktatur, der Diktatur des Finanzkapitals in Deutschland. Und wenn nun diese sozialfaschistischen Volksverräter ein Geschrei inszenieren über den kommunistischen „Verrat“ in Hohenmölsen, dann sei dem gegenüber gehalten, daß der Kojimann nichts anderes tun wird, als die Richtlinien der preussischen SPD.-Minister durchzuführen. Die Breslauer Arbeiterschaft und besonders die sozialdemokratischen Leiter der „Volkswacht“ haben durch diesen Artikel der „Volkswacht“ einen neuen Beweis der Demagogie der SPD.-Führer erhalten.

Der Kampf gegen das Lockspickeltum

Aus der Kommunistischen Internationale. Heft 12, Dezember 1931.

I.

Die Geschichte des Kapitalismus der Nachkriegszeit ist die Geschichte seines Niederganges und seiner Krise. des erbitterten Kampfes der Bourgeoisie um die Erhaltung ihrer Klassenherrschaft. Haben sich die herrschenden Klassen in den ersten Nachkriegsjahren damit zu trösten versucht, daß die bolschewistische Revolution nur ein vorübergehender Niedervergismus sei, so bricht sich gegenwärtig unter den führenden Politikern der Bourgeoisie immer mehr die Erkenntnis Bahn, daß das ganze kapitalistische Wirtschaftssystem bedroht ist, daß der Kapitalismus äußerster Anstrengung bedarf, um sich gegen die neue, aus dem Selbstkampf der Massen emporkommende Gesellschaftsordnung zu behaupten.

Die trotz allen Hoffnungen der herrschenden Klassen, trotz allen Versicherungen der Verteidiger der kapitalistischen Ordnung stetig wachsende Krise ist es, die diese Erkenntnis den „Staatsmännern“ der Bourgeoisie einbläutert. Den einzigen Ausweg aus der Krise sieht die Bourgeoisie in der erbitterten Kämpfe gegen die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen, im Krieg gegen die Sowjetunion, in der gewalttätigen Unterdrückung der revolutionären Bewegung in den Kolonien. In dem Bestreben, die Millionenmassen der Werktätigen ins Loch schlimmer Ausbeutung zu bananen, verstärken die herrschenden Klassen immer mehr ihren imperialistischen Gewaltapparat. In einer Reihe von Ländern herrscht bereits seit langem unverhüllt die faschistische Diktatur. Ihnen folgen die größten kapitalistischen Mächte und geben immer beschleunigter zu faschistischen Regierungsmethoden über. Es genüge der Hinweis auf die Versuche, die SPD. in die Illegalität zu zwingen, auf die Verfolgung der K. Kanadas, die vogelfrei erklärt worden ist, usw.

Ein gigantischer Klassenkampf entwickelt sich. Die proletarischen und halbproletarischen Massen gehen zum Gegenangriff über. Die Blide der Werktätigen aller kapitalistischen Länder richten sich mit wachsender Liebe und Hoffnung auf die Sowjetunion, auf das Land, das in die Periode des Sozialismus eingetreten ist, das weder Arbeitslosigkeit noch Hunger kennt, das keine Produktionskräfte in jämmerlichem Tempo entwickelt, die Lebenslage der Arbeiter und werktätigen Bauern stetig hebt.

Doch je größer die Sympathien der werktätigen Massen für das Land des tiefreichenden Sozialismus, desto erbitterter der Haß der imperialistischen Mächte gegen die Sowjetunion. Ungeachtet der die kapitalistische Welt zerschneidenden Gegenläufe schmelzen die imperialistischen Großmächte unermüdlich den Block aller bürgerlichen Staaten für den Krieg gegen die Sowjetunion.

Die Vorbereitung des Ueberfalls auf die Sowjetunion erfordert aber die rücksichtslose Niederwerfung des revolutionären Kampfes des Proletariats, der Bauernmassen und der unterdrückten Völker. Immer höher steigt in der ganzen kapitalistischen Welt die Welle des weißen Terrors. An erster Stelle in Europa steht hier gegenwärtig das faschistische Pilsudski-Polen, das fieberhaft zum Krieg rüstet und durch die Errichtung zahlloser Galgen die wachsende revolutionäre Bewegung der Massen zu erstickend versucht.

In dieser Gefährtsperiode, wo die Frage „Wer wagt?“ nunmehr im internationalen Maßstab auf der Tagesordnung steht, immer offenkundiger entscheidende Klassenkämpfe heranwachsen, nehmen die herrschenden Klassen immer hartnäckiger ihre Zuflucht zu einer der schärfsten Kampfmethoden gegen die wachsende revolutionäre Bewegung: zur Provokation.

Die Provokation ist eine der ältesten Kampfmethoden der herrschenden Klassen gegen die werktätigen Massen. Bereits in der Frühzeit der revolutionären proletarischen Bewegung hat die englische und darauf auch die französische Bourgeoisie ein raffiniertes Lockspickeltum in Anwendung gebracht. Der russische Zarismus betrachtete Provokation, Lockspickeltum stets als seine zuverlässigste Waffe. Die Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse in Rußland weiß von solchen Weibern der Spickerei und Provokation zu berichten, wie die

Chefs der „Dawana“ (politische Geheimbolschei), Subeffin und Zukatow, von solchen Verrätern der revolutionären Bewegung, wie New und Malinowski.

Doch noch niemals ist die Waffe der Lockspickerei in so ausgedehntem Maßstab und so raffinierten Formen angewandt worden wie heute. In der Zeit der immer näherrückenden Entscheidungslinien der Massen. Es muß mit aller Offenheit gesagt werden, daß unsere Parteien diese Gefahr unterschätzen,

daß sie sich über den unzulässigen Zusammenhang zwischen der gegenwärtigen geschichtlichen Situation und der besonderen Ahtie der Provokation als einer Methode des Klassenkampfes der Bourgeoisie gegen das Proletariat nicht volle Rechenschaft ablegen.

In früheren Zeiten, als die herrschenden Klassen ihre Macht als unerschütterlich betrachteten, waren die Ziele der provokatorischen Taktik verhältnismäßig eng umschrieben: die Geheimpolizei war hauptsächlich darauf bedacht, des einen oder anderen gefährlichen Revolutionärs habhaft zu werden, die eine oder andere Kampagne zu fröhen, die eine oder andere Aktion der Partei zu durchkreuzen. Gegenwärtig aber, wo die herrschenden Klassen vor der kommunistischen Revolution erzittern, hat sich der „Geichtskreis“ der Geheimpolizei erheblich erweitert: sie ist bestrbt, die Bewegung von innen heraus zu demokratisieren, die Kraft der Revolution zu zerschlagen, die kommunistische Partei in die Illegalität zu zwingen, oder das Terrorregime zu steigern. Sie versucht, die Arbeit der SPD. auf falsche Bahnen zu lenken, die Kräfte der proletarischen Avantgarde im entscheidenden Augenblick zu lähmen. (Fortsetzung folgt.)

Jugenddiskussion fällt heute aus

Die öffentliche Diskussions-Versammlung des Jugendverbandes mit dem EZB. am heutigen Tage findet nicht statt, da der EZB. seine erst zugelegte Beteiligung zurückgezogen hat. Wir kommen morgen darauf zurück.

Geschlossenes Auftreten verhindert Ermittlung

Notwieg. Am Montag sollte hier ein Erwerbsloser auf die Straße gesetzt werden. Aber nicht etwa, weil er keine Miete nicht bezahlt hat, sondern, weil dem Eigentümer des Grundstücks die politische Gefährdung des Arbeiters nicht gefält. Der Gerichtsvollzieher, der mit einigen Arbeitern die Herausräumung der Möbel durchzuführen wollte, konnte jedoch zu seinem Ziel kommen, dieweil das geschlossene Auftreten der Arbeiterschaft ihm an seinem Vorhaben hinderte, jedoch die „Kammer“ unberichteter Sache wieder abziehen mußten.

Briefkasten

Sacrau und Liegnitz. Zu anonymen Zuschriften nehmen wir grundsätzlich keine Stellung. Sämtliche Verammlungsnotizen müssen spätestens bis 18 Uhr in der Redaktion abgegeben sein, wenn sie anderntags veröffentlicht werden sollen. In Zukunft werden später eingehende Notizen nicht mehr berücksichtigt. Die Redaktion.

Verantwortlich für die erste und zweite Hauptseite: Brodins und Volsted: Rudolf Orizer, Breslau. — Für die dritten Seiten: A. Gerdtich, Berlin. — Für Inserate: Albert Callam, Breslau. — Verlag und Druck: Schellack-Verlagsdruckerei m. B. G., Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Nicht vergessen
zu jeder Mahlzeit

Christ-Brot essen

Rund um den Erdball

Ein neuer Raubüberfall der Königsberger Hitlerjugend

Nazi-Strassenräuber mit Brandbomben

Brandbomben zum Austräumen proletarischer Versammlungen — Zusammenbruch der Brandstiftungshege gegen ostpreussische Kommunisten

Königsberg, 27. Januar. Wie wir bereits am Dienstag meldeten, hat die Kriminalpolizei in Königsberg eine Einbrecherbande festgenommen, deren Mitglieder ausnahmslos der dortigen Hitlerjugend angehören. Außer den ihnen bisher zur Verfügung gestellten Fällen mußten die Nazi-Verbrecher einen neuen Raubüberfall eingestehen. Am 24. Oktober 1931 überfielen sie ein Fräulein F. Eine Brandbombe wurde der Heberfallenen auf den Kopf geworfen, die in dem Brandstiftungsstück auch noch Sachbildder enthielt. Die Wunde ist bis heute noch nicht verheilt. Die Hitlerjugendmitglieder behaupten, Bomben von einem „Besinnungsstrenu zum Austräumen von politischen Versammlungen erhalten“ zu haben.

Die vielen Brände von Bauernhöfen in Ostpreußen erhalten durch die aufgedeckten Brandbombenverbrechen der Königsberger Nazi-Verbrecher endlich ihre Aufklärung. Die verdächtige Eile, mit der die Nazi-Zeitung und das Jugendblatt „Ostpreussische Zeitung“ über „kommunistische Brandstifter“ schreiben, zeigt die Spur, wo die Brandstifter sitzen. Ein Beweis für die Brandstiftertätigkeit der Nazis ist auch, daß sie im Kreise und häufig erklärt haben:

„Morgen oder übermorgen wollen die Kommunisten wieder Bauernhöfe in Brand stecken“ und prompt standen dann auch die Bauernhöfe in Flammen.

Die Nazi-Führer aber bezeichnen die klassenbewußten Arbeiter, die sich in der roten Einheitsfront zusammenschließen, als „Untermenschen“. Ja, das Zentralorgan Hitlers, der „Völkische Beobachter“, verleiht sich sogar in seiner Mittwochsausgabe zu der hysterischen Schlagzeilenparole, daß „das anständige Deutschland Schutz vor dem Blutvergießen des roten Untermenschen fordere.“

„Anständiges Deutschland.“ — Mit Brandbomben auf Straßenraub! Und dann mit jüdischer Frechheit christliche, aufrechte Arbeiter beschimpfen. Das ist in Wirklichkeit das Gesicht der NSDAP. Der Partei des sozialen und nationalen Verrats, der Partei der Jüdelier des Finanzkapitals, Abenteurer, Karrieristen und wie jetzt das Königsberger Beispiel zeigt, der Partei der kriminellen Verbrecher. Für die christlichen

nationalsozialistischen Arbeiter wird es die höchste Zeit, diese üble Gesellschaft fluchtartig zu verlassen und sich der roten Einheitsfront anzuschließen.

Neue Opfer imperialistischer Kriegssübung

Englisches U-Boot mit 56 Mann gesunken

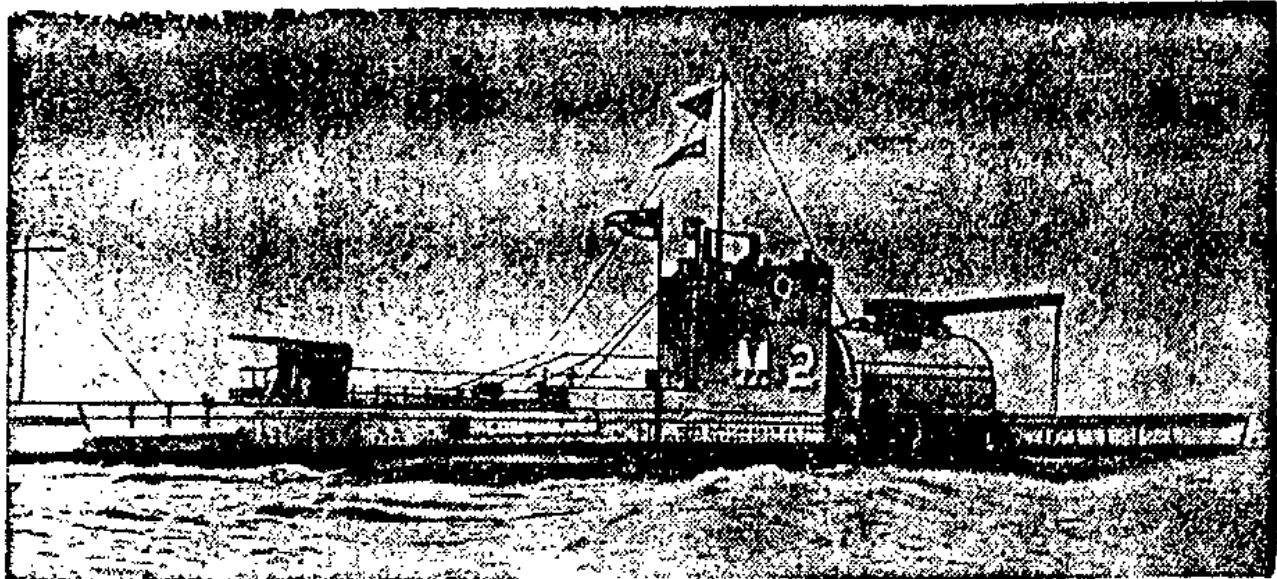
Fünf Meilen von Portland verunglückt — Suche bereits erfolgreich?

London, 27. Januar. Das englische Unterseeboot M 2 ist am Dienstag etwa fünf Meilen von Portland ab bei Tauchübungen gesunken. An Bord des verunglückten U-Bootes befanden sich 56 Mann. Die Besatzung des U-Bootes gilt als verloren.

Trotzdem sofort Torpedoboote und Unterseeboote in die Suchstelle eilten und den gesamten Seeraum, in dem das Unterseeboot liegen kann absuchten, konnte bisher von ihm keine Spur entdeckt werden.

Das Boot, das 1450 Tonnen wiegt, ist ein Schwimmschiff des U-Bootes, das im Jahre 1925 im Vermessungsjahr unterging, wobei, wie erinnertlich, 65 Mann den Tod fanden.

Nach einer Meldung, die kurz vor Redaktionsschluss eingelangt ist, erhält sich hartnäckig das Gerücht, daß das englische Unter-



Der U-Boot-Sarg ...

seeboot „M 2“ durch zwei mit Drohneten den Meeresgrund abtuchende Zerstörer entdeckt worden sei. Eine Bestätigung ist nicht zu erhalten.

Auf dem Unterseeboot befinden sich nach den letzten Feststellungen 50 Mann Besatzung und 6 Offiziere. Unter der Besatzung ist auch ein Matrose, der seinerzeit bei dem Unglück des Unterseebootes „Polkiden“ in den chinesischen Gewässern im vorigen Sommer gerettet wurde.

Gasolintank in die Luft geflogen

30 Tote — Zahlreiche Verletzte

Nanking, 27. Januar. In der Nähe von Nanking ereignete sich eine Explosion eines Gasolintanks mit 15.000 Liter Inhalt. 30 Personen wurden dabei getötet und zahlreiche Personen mehr oder weniger schwer verletzt.

Fünf Jahre Gefängnis wegen Kindesmordes

Vor dem Schwurgericht in Köln hatten sich am Dienstag unter der Anklage des Kindesmordes der 31-jährige Heinrich Westler und die 30-jährige Anna Westler aus Wiesbaden zu verantworten. Beide Angeklagten erhielten die höchst zulässige Gefängnisstrafe von je fünf Jahren Gefängnis.



Prohibitionsheuhel im Bilde

Die amerikanische Polizei hat eine neuartige Methode zur Vermeidung von Ueberführung von Betrunknen“ eingeführt: bei der Entloftung ins Untersuchungsgefängnis muß der „Verflüchtige“ auf einem geraden weißen Strich entlanglaufen. Dieser „Spaziergang“ wird im Film festgehalten und dient dann später als Beweis bei der Gerichtsverhandlung. Die haben Sorgen ...

Aus Naturwissenschaft und Heilkunde

Der Werdegang der Krankenkassen

Von den „Bergknappen-Bruderschaften“ bis zur modernen Krankenversicherung

Durch die letzte Rotverordnung und deren Ausführungsbestimmungen wird das Tätigkeitsgebiet der Krankenkassen immer weiter eingeschränkt und diese schließl. zu einer Art Scheinwesen verurteilt. Allerdings geschieht dies, und das muß immer wieder betont werden, durchaus mit dem Einverständnis der sozialdemokratischen Kassenbürokratie, die von den Arbeitern unerbittlich hohe Beiträge nimmt, denen nur noch lächerlich geringfügige Leistungen gegenüberstehen. Daß das dem Zweck einer sozialen Krankenversicherung direkt widerspricht, ist verständlich und wird es noch mehr, wenn man die Entstehung der Krankenkassen in Deutschland verfolgt.

Dieses fällt mit dem ersten Auftreten der gewerblichen Betriebe zusammen. Ursprünglich war die Krankenversicherung — bis Jahrhunderte später von Seiten des Staates entsprechend Gesetz erlassen wurden — eine Art von Selbsthilfe bestimmter Berufsgruppen. Wohl die ersten Krankenkassen in Deutschland schlossen sich die Bergknappen im 13. Jahrhundert in ihren „Bruderschaften“. Die Arbeiter der großen Zinnbergwerke im Mansfelder Revier waren nämlich nicht, wie das bis dahin üblich war, am Reingewinn beteiligt, sondern arbeiteten gegen Lohn. Ihre Knappschaften, in die ein jeder, wie es in der vom Bischof genehmigten Satzung heißt, „einen Pfennig“ zu zahlen hatte, dienten der Unterstützung von Kranken und ihrer Familien.

Diesem Vorbilde folgten bald auch andere Gewerbetreibenden, bis schließlich die Zunfts um die Mitte des 15. Jahrhunderts ihren Organisationen ganz allgemein nicht nur eine Krankenversicherung, sondern auch eine Waisen-, Herbergs- und Arbeitslosenunterstützung angedeihen ließen. Allerdings bekam der Geselle im Falle einer Erkrankung das Geld nur geborgt. Er mußte nach seiner Genesung den Betrag zurückzahlen. Dies geschah meist in der Form, daß er bei dem Zunfmeister oder Obermeister eine Zeitspanne, verschieden nach der Höhe der geliehenen Summe, unentgeltlich arbeitete.

Als die Zunfts schließlich bei der Abwehr von ausländischen Krankengeldern die Gesellen auch noch ins Gefängnis warfen, kam es überall zu Revolten der Gesellen. So z. B. in Offenbach, wo mehrere Zunfmeister bei den Unruhen getötet wurden. Gegen Ende des 15. Jahrhunderts wurden die Krankenkassen, die mehr und mehr zu einem Selbstzweck der reichen Meister geworden waren, der Wunsch der Gesellen wieder abgeschafft.

Bis ins 18. Jahrhundert ist von einer Krankenversicherung dann nicht mehr die Rede. Die katholischen Armenhäuser erließen gegen Ende des 18. Jahrhunderts, kurz vor Ausbruch der großen französischen Revolution, die ersten Bestimmungen über Gewährung von ärztlicher Hilfe bei Schwangeren und

bei unglücklichen. Nicht etwa Nächstenliebe veranlaßte die Herrscher dazu, sondern die revolutionäre Gärung unter den Landarbeitern und Bauern, die ja z. T. nach Leibzügen waren oder ihre Arbeitskraft durch unerbittliche Fronarbeit erkaufte hatten.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts gab es schon eine ganze Reihe freiwilliger Krankenversicherungsanstalten für die einzelnen Berufe. Die Industrialisierung Deutschlands und die damit verbundene Zunahme eines immer größer werdenden und immer mehr in die engherren Indusrieproletariats mehr und mehr die gesamte Bevölkerung der Krankenversicherung notwendig. Die erste derartige Regelung traf das Großherzogtum Baden, dessen Ministerium 1838 eine Verfügung erließ, wonach die Städte oder Landgemeinden verpflichtet wurden, im Krankheitsfalle jeden Handwerker, Arbeiter und Dienstherrn 4 Wochen lang auf Gemeindefkosten zu versorgen und ärztlich zu versorgen zu lassen. Den Gemeinden wurde empfohlen, zur Durchführung dieser Forderung eine besondere Steuer, die „Sozialsteuer“, zu erheben.

Etwas um dieselbe Zeit, im Jahre 1846, war in Berlin der sogenannte „Gewerkskrankenverein“ mit über 10.000 Mitgliedern gegründet worden. Aus ihm entwickelte sich dann vor allem als später die Gewerkschaften an Bedeutung gewonnen, die verschiedenen Krankenkassen. Allerdings dauerte es noch über 30 Jahre, bis am 15. Juli 1883 der Reichstag das Gesetz über die Krankenversicherung der Arbeiter verabschiedete. Daß die erste einheitliche Regelung der Krankenversicherung für das Deutsche Reich bildete. Zwei Jahre darauf bestanden schon fast 10.000 verschied. Krankenkassen mit 430.000 Mitgliedern.

Die Krankenversicherung, die bei dem raschen Anwachsen des Industrieproletariats eine immer größere Bedeutung gewann und schließlich auch auf die Landwirtschaft ausgedehnt wurde, kann ihre Aufgaben, die im Zeitalter der Nationalisierung erfüllt werden, auch nicht mehr zum kleinsten Teil erfüllen. Sie ist in allen kapitalistischen Staaten, wo, allem aber in der deutschen Republik, aus einer Versicherung im Interesse der Arbeiter zu einem hohen Finanzgeschäft des Staates, der aus den Einnahmen der Krankenkasse wirtschaftet, geworden. Seit der Neuorganisation der Rotverordnung werden den Betreffenden nur alle Vorteile hinsichtlich der pünktlichen Bezahlung des Krankengeldes gelassen. Das Recht auf anständige und gewissenhafte ärztliche Behandlung, auf Gewährung von Krankengeld, Krankenhauseinweisung und Medikamenten dagegen in den meisten Fällen verweigert. Die Geschäfte der sozialdemokratischen Kassenbureaus bleiben aber immer noch hoch genug.

Dr. med. Wilhelm Swienty.

Verantwortl. Redakt. Dr. med. Swienty, Berlin.



Lenin mahnt: Gewinnt die christlichen Proletarier!

(Aus dem neuen Artikel des Genossen Ernst Thälmann in der „Internationale“)

„Im Sinne Lenins...“

In der Januar-Nr. der theoretischen Zeitschrift der KPD, der „Internationale“, behandelt unser deutscher Parteiführer, Genosse Thälmann, die Rolle des katholischen Zentrums... Ein besonders wichtiger Abschnitt dieses Artikels ist der Methode der Gewinnung der christlichen Proletarier für den Klassenkampf gewidmet. Dieser Teil der Thälmannschen Arbeit, der unter Heranziehung der klassischen Ausführungen Lenins geschrieben ist, ist in Anbetracht des noch starken Einflusses des Zentrums in unserem Bezirk von besonderer Bedeutung. Er ist nachstehend abgedruckt. Jeder Parteigenosse, jede Parteizelle muß den Thälmann-Artikel in der „Internationale“ gründlich durcharbeiten.

Eine wichtige praktische Frage für die Durchführung unseres Kampfes gegen das Zentrum und gegen die christliche Gewerkschaftsbürokratie besteht darin, daß wir diesen Kampf nicht unter besonderer Hervorhebung der religiösen Frage, die die christlichen Arbeiter von uns trennt, sondern auf der Linie der Anknüpfung an die Klassenfrage zur Gewinnung der christlichen Arbeiter für den gemeinsamen Klassenkampf gegen den Kapitalismus führen müssen. Das gilt auch für die übrigen katholischen Werkstätten in Stadt und Land, unter denen wir unsere Arbeit für den Kampf unter proletarischer Hegemonie entfalten müssen, um sie, je nach den gegebenen Möglichkeiten, entweder als Verbündete zum Proletariat herüberzuziehen oder doch wenigstens zu neutralisieren.

Selbstverständlich bedeutet diese Stellungnahme nicht die kleinste Konzession an die Theorien des „religiösen Sozialismus“, nicht die kleinste Preisgabe unserer Aufstellung des dialektischen Materialismus, aber wir sind im Sinne Lenins verpflichtet, die noch vorhandenen religiösen Bindungen christlicher Arbeitermassen unter keinen Umständen als trennende Mauer zu betrachten, die uns hindern könnte, mit diesen Klassengenossen gemeinsam, Schulter an Schulter, für die proletarischen Klasseninteressen und Klassenforderungen zu kämpfen. Diese Linie muß auch in der

Arbeit der revolutionären Freidenker

angehalten werden, die sich in der Vergangenheit oft — wenn auch nur an einzelnen Stellen — plumper Methoden bedienen, und das religiöse Gefühl von christlichen Arbeitern, Arbeiterinnen u. anderen Werkstätten verletzen, wodurch vom Standpunkt des revolutionären Klassenkampfes eine schädliche Wirkung eintritt. Die Freidenkerbewegung, die in der Ideologischen Erziehung des Proletariats eine bedeutsame Stellung einnimmt, steht vor der Aufgabe, solche Fehler zu überwinden, ihre Arbeit nach den konkreten Verhältnissen der verschiedenen Bezirke und Arbeiterkategorien zu gestalten und neue Methoden herauszuarbeiten. Es ist klar, daß die Methoden der revolutionären Freidenkerarbeit (sogar unter sozialdemokratischen oder schon mit der KPD sympathisierenden Arbeitern in Berlin oder Hamburg einen anderen Charakter tragen müssen, als unter christlichen

Zentrumsarbeitern in Rheinland-Westfalen

oder katholischen Landarbeitern in Schlesien.

Sollen die revolutionären Freidenker nun etwa nur unter dem vom Bann der Kirche schon losgelassenen Arbeitern wirken und auf die Arbeit unter den christlichen Proletariern verzichten, um diese „nicht vor den Kopf zu stoßen“? Das wäre eine völlig falsche und unzulässige Auffassung. Es handelt sich vielmehr darum, daß auch die Freidenkerorganisationen bei ihrer Arbeit unter den christlichen Arbeitern die Rücksicht auf deren geistliche noch vorhandene religiöse Gebundenheit mit einer richtigen

Anknüpfung an die Klassenfragen

verbunden müssen. Dann wird es ihnen leichter gelingen, auch diesen Arbeitern das Verständnis für die Rolle der Kirche — sei es in der katholischen oder evangelischen — und auch für die geschichtlich bedingte Rolle der Religion zu verschaffen.

Unsere Richtschnur bei dieser Frage muß die Stellung sein, wie sie mit absoluter Klarheit von Friedrich Engels und von Lenin dargelegt wurde. Engels setzt sich im „Anti-Dühring“ mit dem „scheinrevolutionären Vorschlag“ Dührings auseinander, die Religion in der sozialistischen Gesellschaft zu verbieten. Demgegenüber fordert Engels von der proletarischen Partei: „die Fähigkeit, geduldig an der Organisation und Aufklärung des Proletariats zu arbeiten, eine Sache, die zum Absterben der Religion führt und sich nicht in das Abenteuer eines politischen Krieges gegen die Religion zu äußern.“

„Gegen geringste Verletzung religiöser Ueberzeugung“

Den gleichen Standpunkt vertritt Lenin. In einem Artikel, der im Jahre 1909 anlässlich einer Rede des sozialistischen Abgeordneten Surkow in der Duma geschrieben wurde, führte Lenin u. a. aus:

„Daraus folgt, daß die atheistische Propaganda der Sozialdemokratie (Bolschewiki, E. Th.) ihrer Grundaufgabe untergeordnet sein muß, nämlich der Entzweiung des Klassenkampfes der ausgebeuteten Massen gegen die Ausbeuter.“

Lenin wählt jedoch das Beispiel eines Streiks in einem beliebigen Gebiet oder Industriezweig, in dem neben einer fortgeschrittenen Schicht klassenbewußter sozialistischer Arbeiter ziemlich rückständige, religiöse und kirchlich gebundene Arbeiter vorhanden sind und schreibt dazu:

„Der Marxist muß unbedingt den Erfolg der Streikbewegung in dem Vordergrund rücken, muß entschlossen in diesem Kampfe einer

arbeiten, muß energisch eine solche Trennung bekämpfen. Atheistische Propaganda kann unter solchen Umständen nicht nur überflüssig, sondern schädlich sein. Der Prediger des Atheismus würde in einem solchen Moment und unter solchen Umständen nur dem Pfaffen Vorschub leisten, die nichts schuldlicher herbeiwünschen, als die Entzweiung der Arbeiter nach ihrer Beteiligung am Streik durch eine solche nach ihrem Glauben an Gott zu ersetzen...“

Wir müssen alle Arbeiter, die den Glauben an Gott noch bewahrt haben, zu der Sozialdemokratischen Partei (Bolschewistische Partei, E. Th.) nicht nur zulassen, sondern sie mit verdoppelter Energie heranziehen; wir sind unbedingt gegen die geringste Verletzung ihrer religiösen Ueberzeugung, aber wir wollen sie heranziehen, um sie in unserm Programm zu vereinen, nicht aber, damit sie aktiv gegen uns kämpfen.“

Lenin untersucht und beantwortet auch die Frage, wie diese Erziehung „im Geiste unseres Programms“ durchgeführt werden muß:

„Der Marxist muß Materialist sein, das heißt, ein Feind der Religion, aber ein dialektischer Materialist, das heißt ein solcher, der den Kampf gegen die Religion nicht abstrakt, nicht auf dem Boden einer abstrakten, rein theoretischen, sich stets gleichbleibenden Propaganda stellt, sondern konkret, auf dem Boden

eigenen Kampf gegen die finsternen Gewalten

des Kapitalismus aufgeföhrt wird.

Die Einheitlichkeit dieses wirklichen revolutionären Kampfes der unterdrückten Klasse für die Schaffung eines Paradieses auf Erden ist uns wichtiger, als die Einheitlichkeit der Meinungen der Proletarier über das Paradies im Himmel... Das ist der Grund, warum wir den Proletariern, die noch diese oder jene Ueberbleibsel der alten Vorurteile bewahrt haben, die Annäherung an unsere Partei nicht verbieten und nicht verbieten dürfen. Die wissenschaftliche Weltanschauung werden wir immer propagieren, die Inkonsistenz legendwärdiger Christen zu bekämpfen ist für uns unerlässlich; aber das bedeutet keineswegs, daß man die religiöse Frage an die erste Stelle, die ihr durchaus nicht zukommt, rücken muß...“

Befehlt etwa ein Widerspruch zwischen diesen Auffassungen Lenins und der anderen Forderung, wie sie Lenin nach der Machtergreifung beispielsweise im Jahre 1922 in einer Einführung des wissenschaftlichen Organs „Unter dem Banner des Marxismus“ aufstellte? Dort schrieb er:

„Die atheistische Propaganda muß in der mannigfaltigsten Form in die Massen getragen werden. Sie müssen mit Tatsachen aus den verschiedensten Lebensgebieten bekannt gemacht werden, man muß sie bald auf die eine, bald auf die andere Art herantreten, um ihr Interesse wach zu rufen, sie aus dem religiösen Schlaf zu erwecken, sie von den verächtlichsten Stellen her und mit den verschiedensten Methoden anzugreifen und dergleichen mehr.“

Diese Forderung nach atheistischer Massenpropaganda stellt nicht nur keineswegs einen Widerspruch zu der vorher angeführten Stellung Lenins dar, sondern im Gegenteil: beide Aufgabenstellungen sind untrennlich miteinander verbunden. Sie ent-

des Klassenkampfes, der tatsächlich vor sich geht und der die Massen am meisten und am besten erzieht.“

In einem anderen Artikel Lenins aus dem Jahre 1905 über

„Sozialismus und Religion“

heißt es gleichfalls:

„Es wäre unsinnig, zu glauben, daß man in einer Gesellschaft, die auf schrankenlose Unterdrückung und Verrohung der Arbeitermassen aufgebaut ist, rein propagandistisch die religiösen Vorurteile zerstreuen könne. Es wäre bürgerliche Beschränktheit, zu verfechten, daß der auf der Menschheit lastende Druck der Religion nur das Produkt und die Widerspiegelung des ökonomischen Drucks innerhalb der Gesellschaft ist. Durch keine Broschüren, durch keine Propaganda, kann man das Proletariat aufklären, wenn es nicht durch seinen

sprechen unter verschiedenartigen konkreten Bedingungen und auf verschiedenen Stufen der geschichtlichen Entwicklung den

Anforderungen des revolutionären Klassenkampfes

Das ist hierbei genau ebenso der Fall, wie etwa beim Kampf Lenins gegen das „Gottsuchertum“, gegen die Gruppe Bogdanow im Jahre 1913 (siehe Lenin „Materialismus und Empirio-kritizismus“, sämtliche Werke Band 13). Auch für uns ist die atheistische Massenpropaganda in Verbindung mit dem Kampf gegen die Kulturreaktion ein wichtiger Faktor des Klassenkampfes. Der Beschluß der ZPK über die Schaffung eines theoretischen Organs für diese Arbeit ist deshalb sehr zu begrüßen.

Eine solche dialektische Fragestellung bei der Behandlung des Religionsproblems, wie wir sie mit den vorstehenden Zitaten von Engels und Lenin unterstreichen, ist für unseren Kampf gegen den Masseneinfluß des Zentrums und für die Gewinnung der christlichen Arbeiter eine unbedingte Voraussetzung. Würden wir diese Grundzüge des Marxismus-Leninismus verletzen, so würden wir uns selbst unseren Kampf erschweren, wenn nicht gar zum Mißerfolg verurteilen.

Daß dieser Kampf große Möglichkeiten für uns bietet, daß sich auch im Lager der christlichen Arbeiterkchaft eine wachsende Radikalisierung bemerkbar macht, daran kann kein Zweifel sein.“

Arbeiterpartei und Religion

Von Wladimir Iljitsch Lenin

In seinem Aufsatz: „Ueber das Verhältnis der Arbeiterpartei zur Religion“ schrieb Lenin im „Proletarij“, Nr. 46, im Mai 1909 wörtlich:

... Die Sozialdemokratie (Bolschewiken, Red.) muß unbedingt ihre Stellungnahme zur Religion dazusetzen.

Die Sozialdemokratie (Bolschewiken) hat ihre ganze Weltanschauung auf dem wissenschaftlichen Sozialismus, das heißt, dem Marxismus, auf die philosophische Grundlage des Marxismus bildet, wie Marx und Engels wiederholt betont haben, der dialektische Materialismus...“

Zu gleicher Zeit wandte sich jedoch Engels wiederholt gegen diejenigen, die „linker“ oder „revolutionärer“ als die Sozialdemokratie (Bolschewiken) seien und in dem Programm der Arbeiterpartei ein direktes Bekenntnis zum Atheismus im Sinne einer Kriegserklärung an die Religion aufnehmen wollten. 1874, bei der Besprechung des berühmten Manifestes der Flüchtlinge der Kommune, der Blanquisten, die als Emigranten in London lehrten, stellt Engels ihre

lärmende Kriegserklärung an die Religion als Dummheit

hin und meint, eine solche Kriegsanlage sei das beste Mittel, um das Interesse für die Religion neu zu beleben und das tatsächliche Absterben der Religion zu erschweren. Engels beschuldigt die Blanquisten der Unfähigkeit, einzusehen, daß nur der Klassenkampf der Arbeitermassen, der die breiten Schichten des Proletariats in eine bewußte und revolutionäre, öffentliche politische Front hineinzieht, imstande ist, in der Tat die unterdrückten Massen vom Joch der Religion zu befreien, während die Kriegserklärung an die Religion als politische Aufgabe der Arbeiterpartei eine anarchistische Phrase ist.

Auch 1877, im „Anti-Dühring“, wo Engels erbarmungslos die geringsten Zustände des Philosophen Dühring an den Idealismus und die Religion geißelt, verurteilt er nichtbedeutender den angeblich revolutionären Gedanken Dührings, der die Religion in der sozialistischen Gesellschaft verbieten wolle. Der Religion einen solchen Krieg anzulegen, meint Engels, heißt, „Bismarck selbst überbismarcken“, das heißt die Dummheit des Bismarckschen „Kulturkampfes“ gegen die Klerikalen wiederholen, des Kampfes, den Bismarck in den 70er Jahren gegen die deutsche Katholikenpartei, das „Zentrum“, durch Polizeiverordnungen der Katholiken

mus geführt hat. Durch diesen Kampf hat Bismarck bloß den kriegerischen Klerikalismus der Katholiken gestiftet, hat bloß die Sache der wirklichen Kultur geschädigt, denn er hat in den Vordergrund gerückt, die religiösen Einteilungen statt der politischen Einteilung, hat gewisse Schichten der Arbeiterklasse und der Demokratie von den dringenden Aufgaben des Klassen- und revolutionären Kampfes abgelenkt in die Richtung eines ganz oberflächlichen und bürgerlich verlogenen Anti-Klerikalismus.

Engels warf dem Ultrarevolutionär sein wolkendes Dühring vor, in anderer Form dieselbe Dummheit Bismarcks wiederholen zu wollen und verlangte von der Arbeiterpartei die Fähigkeit, geduldig an der Organisation und Aufklärung des Proletariats zu arbeiten, einer Sache, die zum Absterben der Religion führt, ohne sich in die Abenteuer des politischen Kampfes gegen die Religion zu äußern.

Dieser Standpunkt ist der deutlichen Sozialdemokratie in Fleisch und Blut übergegangen, und so sprach sie sich z. B. für die Jesuitenfreiheit, für deren Zulassung in Deutschland für die Aufhebung aller Polizeiverordnungen gegen dieselbe oder jene Religion aus. „Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit“: dieser berühmte Punkt des Ersten Programms (1891) hat die genannte politische Taktik der Sozialdemokratie festgelegt.

Diese Taktik ist inzwischen zur Routine geworden und hat

eine neue Verballhornung des Marxismus

in entgegengesetzter Richtung, im Sinne des Opportunismus, erzeugt. Man begann den Satz des Ersten Programms in dem Sinne auszulegen, daß wir Sozialdemokraten (Bolschewiken) und unsere Partei die Religion für eine Privatangelegenheit halten, daß für uns als Sozialdemokraten (Bolschewiken), für uns als Partei, die Religion Privatangelegenheit sei. Ohne sich in eine direkte Polemik gegen diese opportunistische Auffassung einzulassen, hat Engels in den 90er Jahren es für notwendig gehalten, sich ausdrücklich gegen sie zu wenden, nicht in polemischer, sondern in politischer Form. Engels tat es nämlich in Form der Erklärung, die er absichtlich hervorgehoben hat, daß die Sozialdemokratie die Religion als Privatangelegenheit betrachte in Bezug auf den Staat, aber keineswegs in Bezug auf die eigene Person, nicht gegenüber dem Marxismus, nicht gegenüber der Arbeiterpartei.“

Die II. Internationale im Dienste des französischen Imperialismus

Unbedingt für deutsche Tribute — Der Kommunismus die einzige Kraft gegen Tributsklaverei

Vor kurzem hat Crispian im „Vorwärts“ einen Artikel veröffentlicht, in dem er des langen und breiten auseinanderzusehen versuchte, daß die Sozialdemokratie stets gegen die Tribute gewesen wäre. Noch hatte man keine Zeit, diese allen Tatsachen sprechenden Behauptungen zu verdauen, als der Genosse Crispian, Leon Blum, in der französischen Kammer auftrat und sich eindeutig für die Tribute aussprach.

Am 24. und 25. d. M. tagte in Köln das Büro der 2. Internationale. Neben Leon Blum namen an dieser Sitzung auch Vertreter der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie teil. Und diese Sitzung faßte den Beschluß — wie wir schon vor melden —, daß Frankreich auf die Tribute nicht verzichten könne, da es an Amerika verschuldet sei. Ferner heißt es in dem Beschluß, daß man einseitige Verträge nicht zerreißen könne, das heißt, Deutschland dürfe ohne Zustimmung Kavalas die Ketten des Youngplans nicht abwerfen.

Dieser Beschluß der Exekutive der 2. Internationale ist ein Glied in einer Kette. Vom 30. März bis 1. April 1921 tagte in Amsterdam das Exekutivkomitee der 2. Internationale und faßte Beschlüsse, in denen es wörtlich heißt:

„Sie (die Exekutive der 2. Internationale) nimmt Kenntnis von der Erklärung der deutschen Vertreter, daß sie in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des Internationalen Kongresses von Genf bereit sind, die Verantwortung für alle berechtigten (!) Wiedergutmachungsorderungen zu übernehmen.“

Also die deutsche Sozialdemokratie erklärt sich bereit, die Verantwortung dafür zu übernehmen, daß Deutschland dem französischen Imperialismus die Tribute regelmäßig abführen wird. Ja, noch mehr: an einer anderen Stelle der Beschlüsse dieser Exekutivtagung heißt es wörtlich:

„Die Konferenz nimmt davon Kenntnis, daß die deutsche Sozialdemokratie prinzipiell bereit ist, die deutschen Leisten gegen zur Wiedergutmachung nach Maßgabe der steigenden wirtschaftlichen Prosperität Deutschlands zu erhöhen.“ (!)

Das heißt in anderen Worten: es soll dem deutschen Arbeiter

in noch härterem Maße für Tribute das Mark aus den Knochen herausgepreßt werden.

Auf dem Kongreß der 2. Internationale in Hamburg im Jahre 1923 wurde folgende Resolution gefaßt: „Es ist unbestritten, daß die Lasten des Wiederaufbaus von Deutschland getragen werden müssen, da der Wiederaufbau für Deutschland eine moralische Pflicht darstellt, die im übrigen von den Gewerkschafts- und sozialistischen Organisationen freiwillig verkündet worden ist.“

So steht es in Wirklichkeit um den Kampf der deutschen Sozialdemokratie „gegen“ die Tribute aus! Aber wie sollte es auch anders sein. Waren es doch Führer der 2. Internationale, die den Vertrag von Versailles unterzeichnet haben. Auf demselben Hamburger Kongreß erklärte Vandervelde wörtlich: „Ich habe in Uebereinstimmung mit der gesamten belgischen Arbeiterklasse und Arbeiterpartei damals meine Unterschrift unter diesen Vertrag gesetzt und wenn mich etwas tröstet, dann ist es, daß mein Name nicht die einzige sozialistische Unterschrift unter diesem Vertrag ist. Denn auf der anderen Seite stehen die Namen Hermann Müllers und Karl Kenners. Auch für uns war diese Unterschrift damals eine schwere Gewissensfrage, aber wenn ich sie heute wiederholen müßte, würde ich sie wiederholen.“

Eine klare und eindeutige Sprache! Von den Tagen des Versailler Vertrages bis heute steht die gesamte 2. Internationale hinter dem französischen Imperialismus, ist sie seine feste Stütze bei der Ausplünderung der deutschen Werktätigen durch Tribute. Es gibt nur eine Kraft gegen den Vertrag von Versailles, gegen den Youngplan und gegen die Tribute — das sind die kommunistischen Parteien in allen Ländern, das ist die kommunistische Internationale.

Genosse Stutschka tot

Moskau, 27. Januar. Einer der ältesten bolschewistischen Kämpfer, ein aktiver Funktionär der KPSU. und der Komintern, der Vorsitzende der Internationalen Kontrollkommission, Genosse Peter Stutschka, ist gestorben.

Peter Stutschka ist im Jahre 1865 als Sohn eines Bauern in Lettland geboren. Er nahm aktiven Anteil an dem revolutionären Kampf der russischen Arbeiterschaft in den Reihen der bolschewistischen Partei. Nach dem Sieg der Oktoberrevolution wurde er Volkstommisär der Justiz von 1918 bis 1919. Während des Bestehens der Sowjetregierung in Lettland war er deren Vorsitzender. Von 1923 an war er ununterbrochen Vorsitzender des Obersten Gerichtshofes der KPSU. Er hat zahlreiche Arbeiten über die Agrarpolitik, die nationale Frage und über die Theorie der Staatsrechte verfaßt. Das Präsidium des Zentralexekutivkomitees der Sowjetunion ernannte eine besondere Kommission unter dem Vorsitz des Genossen Krylenko, um das Begräbnis Stutschkas zu organisieren.

Der Aufschwung der Sowjet-Eisenbahnen

Moskau, 27. Januar. Die Errungenschaften der Eisenbahnen der Sowjetunion waren im abgelaufenen Jahr sehr groß.

Dies wird besonders augenfällig, wenn man die Eisenbahnen der Sowjetunion mit denen der kapitalistischen Länder vergleicht. An den deutschen Eisenbahnen sank der Güterverkehr im vergangenen Jahre gegenüber 1929 im Passagierverkehr um 33 Prozent je Tonnenkilometer und um über 19 Prozent je Personenkilometer. In den Vereinigten Staaten sank der Personenverkehr im abgelaufenen Jahr auf das Niveau von 1904. In den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres standen 610 000 Waggons still, d. h. etwa 28 Prozent des gesamten Güterwaggonparks der amerikanischen Eisenbahnen.

In der Sowjetunion wächst das Arbeitstempo an den Eisenbahnen von Jahr zu Jahr. Der Fünfjahresplan sah für das dritte Jahr einen Güterverkehr der Eisenbahnen von 210 Millionen Tonnen vor, aber tatsächlich wurden im vergangenen Jahr 254 Millionen Tonnen verschiedener Güter transportiert. Im Personenverkehr wurden die Ziffern des Fünfjahresplans für das Jahr 1931 um 50 Prozent überholt.

Ausdehnung der Streifbewegung in Polen

Drohender Generalstreik in Lodz — Verlagen der faschistischen Steuerstrafe

Warschau, 27. Januar. Die Versuche der Reformisten, den Streik der Straßenbahner in Lodz abzuwürgen, sind gescheitert. Alle städtischen Verkehrsmittel stehen still. Der Streik beginnt sich bereits im gesamten öffentlichen Leben auszuwirken. In den Büros und Nemtern ist eine Störung eingetreten, weil die Beamten infolge des Straßenbahnerstreiks nicht rechtzeitig zur Arbeit kommen können.

Am gestrigen Tage sind 20 000 Trikotagenarbeiter in den Streik getreten, weil die Unternehmer einen 30prozentigen Lohnabzug verlangten. Sowohl der Straßenbahnerstreik als auch der Streik der Trikotagenarbeiter stehen unter Führung der K.G.D. Die städtischen Arbeiter (Gas- und Elektrizitätswerke) haben beschlossen, in den Sympathiestreik zu treten. Es wird mit dem Ausbruch des Generalstreiks schon für den morgigen Tag gerechnet.

Auch in Oberschlesien im Dombrowaer Revier hat sich die Lage verschärft. Gestern sind in Lajiska die Arbeiter von drei Schächten, die Eigentum des Fürsten Pleß sind, in den Streik getreten. Um einen gleichzeitigen Streik der Bergarbeiter, der Metallarbeiter und der Lodzer Textilarbeiter und Straßenbahner zu vermeiden, sagte gestern die Schlichtungskommission der Hüttenindustrie den Beschluß, die Löhne der Metallarbeiter bis zum 1. April nicht herabzusetzen.

Die Kohlenarbeiter sind nach wie vor entschlossen, gegen jeden Pfennig Lohnabbau, gegen jeden Versuch, weitere Entlassungen

durchzuführen, sofort in den Streik zu treten. Die Reformversuche der Reformisten blieben erfolglos.

Lohnkämpfe in Nordfrankreich

Paris, 27. Januar. Die Unternehmer des nordfranzösischen Kohlenreviers haben in Douai beschlossen, das Lohnabkommen mit den Grubenarbeitern zum 1. Februar zu kündigen. Sie verlangen eine 10prozentige Herabsetzung der Löhne, und zwar gestaffelt 5 Prozent zum 1. Februar und 5 Prozent zum 16. März. Die unter Führung der K.G.D. stehenden Arbeiter haben erklärt, daß sie keine Herabsetzung der Löhne annehmen, und jeden Versuch einer solchen Herabsetzung mit Streik beantworten wollen.

Befreit die Negerjungen von Scottsboro

New York, 27. Januar. Der Oberste Gerichtshof des Bundesstaates Alabama verhandelt die Berufung der Angeklagten von Scottsboro in Abwesenheit der Beurteilten. Der Oberste Gerichtshof hat von Arbeiterorganisationen der ganzen Welt tausende Telegramme erhalten, die die Aufhebung des Todesurteils fordern.

Rebel anführer Sandino

eine fast legendäre Gestalt aus der südamerikanischen Freiheitsbewegung, soll nach bisher unbestätigten Meldungen einer der Anführer der Arbeiter und kleinen Pächter von San Salvador gewesen sein, die sich gegen ihr ungeheures Elend in einer breiten revolutionären Erhebung wehrten.



In der Nähe von Santa Ana soll bereits seit zwei Tagen eine Schlacht zwischen den Aufständischen und Regierungstruppen im Gange sein. Die Städte La Libertad, Sonsonate und Amacapan sollen von den Aufständischen eingenommen worden sein.

A-SCHARRER Der große Betrug

(Copyright by Agis-Verlag, Berlin-Wien.)

42. Fortsetzung.

„Das Gesetz zum Schutz der Republik bedroht mit Geldstrafe oder Zuchthaus: Wer an einer geheimen staatsfeindlichen Verbindung teilnimmt, oder sie unterstützt, wenn sie den Zweck hat, die verfassungsmäßige Staatsform zu untergraben.“

„Weißt du nicht, wie das gemeint ist?“

„Stell dich doch nicht so dumme an!“

„Wenn ihr in Zukunft die Zustände in dieser Republik, in der ihr bis zum Anfall ausgebeutet werdet, ernsthaft bekämpfen wollt, dann könnt ihr hinter die Gitter kommen; denn der Kampf des Proletariats ist ein Kampf gegen den Kapitalismus, gleichviel unter welcher Staatsform.“

„Zehr richtig!“

Thorm kommt für einen Augenblick durch den Vorhang. Er raucht gierig an einer Zigarette. Bodroß zählt unter unerbittlicher Aufmerksamkeit der Versammlung die Unterlassungsläden des Proletariats auf und schließt: „Dieses Gesetz hat nur einen Zweck: Die Aushenkerrepublik vor dem anstürmenden Proletariat zu retten. Darüber können die lächerlichen Mägden eines mildegewordenen Spießbürgers nicht hinwegtäuschen!“

Clemens sprach die letzten Sätze auseinandergezogen und hart. Ingeborg erhob sich und versuchte auf ihn einzureden. Clemens ließ sich jedoch nicht stören.

„Es ist kein Zufall, daß die Vorkämpfer der Revolution von dem Referenten nicht genannt wurden. Der Geist, in dem die Vereinigung der K.P.D. mit der U.S.P.D. erfolgt, ist der Geist der Erzberger, Rathenau, Stinnes und Stinnes!“

Clemens Rede machte starken Eindruck. Viele stützten Beifall, doch die meisten schwiegen erschüttert. Ein Teil der Versammlung verließ den Saal.

„Durch dieser Zeit! Eine Schande ist das, eine Affen-Quade so was!“ „Macht's doch besser, wenn ihr könnt! Dreißt

auch bloß Phrasen, weiter nichts!“ schimpften andere. Thorm stand wütend auf der Bühne.

Ingeborg klingelte: „Der Genosse Thorm wird noch ein kurzes Schlusswort halten.“

Langsam trat Ruhe ein. Der Saal hatte sich merkbar gelichtet. Thorm beginnt:

„Genossen, ich will mich auf einige Worte beschränken; Wer sich zu dem wilden Haufen schlagen will, mag das tun. Ich habe in meinem Referat deutlich gesagt, was notwendig ist, und ich lehne es ab, mich mit Worthelmen über die Taten unserer lieben Rosa und Karl zu unterhalten. Ihr Tod ist die tragische Folge der Zerissenheit des Proletariats; doch was brauchen sich diese Leute darüber Kopfschmerzen zu machen.“

Ein neuer Sturm legt ein.

„Ich — glaube — an — die — Einheit — und — die Kraft — des — deutschen — Proletariats!“ überschreit Thorm den Zwischenrufer und tritt ab.

Clemens und Ingeborg gingen zusammen fort. Draußen begrüßte Ingeborg Albert:

„Tag Albert, sieht man dich auch wieder mal?“

„Ja, wollt auch mal sehen, was nun wird!“

Dann wandte sich Ingeborg an Clemens:

„Du bist trotzdem im Irrtum. Du verkennst, daß die Revolution vorberhand erledigt ist. Die Massen sind müde. Wir müssen sammeln. Wir haben den November gemacht, in dem wir der Sauerkeit waren. Wären wir nicht gewesen, hätte es nicht geklappt, schon ganz und gar nicht. Ihr macht einen großen Fehler, glaubt mir.“ Ingeborg kämpfte nachdrücklich mit seiner Krücke auf das Pflaster.

Clemens sah Ingeborg lächelnd an und verabschiedete sich dann: „Wir wollen uns später sprechen. Hoffentlich wird der Sauerkeit nicht schimmelig!“

Ingeborg ging eine Weile schweigend neben Albert her. „Zum Verzweifeln!“ begann er dann sinnend. „Gerade die Besten verlieren wir. Jetzt, wo doch jeder Mann gebraucht wird! Jeder einzeln! — Gute Nacht, Albert, wir sehen uns ja nun öfter.“ Ingeborg hielt Alberts Hand lange in der seinen.

„Werd' mich schon wieder einfinden, wenn's so weit ist“, antwortete Albert.

Margot war in die Stadt gefahren und hatte eingekauft.

„Hast du was gemeldet geholt?“ fragte Albert.

„Natürlich, wie sollte ich einkaufen?“

„Wieviel hast du denn bekommen?“

„Eintaufendeinhundert Mark.“

Margot ordnete die Zettel, auf denen der Preis der Waren stand, und schob Albert diese Zettel hin. Die verrechnete Endsumme war 940 Mark. „Wenn wir uns hinsetzen, essen wir das bischen mit einem Male auf“, erläuterte Margot die Rechnung. „Wenn ich noch etwas Fleisch und Wurst, und ein paar Pfund Kartoffeln kaufe, dann bleibt von deinem Krankengeld nicht mehr viel übrig.“

Margots Antwort war ohne Vorwurf, aber sie wollte Albert dennoch die Wahrheit sagen. Albert sah keine did mit Butter besetzten Brote, ohne ein einziges Mal zu fragen, ob auch Margot, ob Herbert oder Hilde von dieser Butter essen. Er sah Eier mit Speck und fragte höchstens: „Hast du schon was gegessen, Margot?“ Margot hatte auch gewöhnlich schon was gegessen! Eine Schnitte Brot mit Kunsthonig oder Margarine.

Daß das Paket, das Helene und Karl geschickt hatten, ausschließlich als Krankennahrung Verwendung fand, erfuhr Albert erst, als er den größten Teil schon aufgeessen hatte. Desgleichen, daß Karl mit einem Paket immer zwei Stunden zu Fuß gehen mußte, um es jenseits der Grenze abgeben zu können.

Doch auch Albert hatte Sorgen.

Hilde trat ihm, wenn sie tags zuvor bis spät in die Nacht bei Clemens war, mit einer Unbefangenheit gegenüber, daß er nicht wußte, ist das nun Schamlosigkeit oder Naivität! Es schien ihr ganz selbstverständlich, daß sie ihm keinerlei Rechenschaft abzulegen habe. „Na, Schmied's, Papachen? — So möcht ich's auch mal haben!“ scherzte sie öfter und Albert saute stumm und verstockt weiter.

Manchmal kamen einige Genossen, saßen mit ihr in der vorderen Stube. Hilde sah eine nicht untergeordnete Rolle bei diesen Zusammenkünften zu spielen. Es fiel ihr jedoch nicht ein, für diese Zusammenkünfte zu spielen. Es fiel ihr jedoch nicht ein, Albert konnte sich nicht damit abfinden, sich so „behandeln“ zu lassen. Er ging, als Hilde wieder mit einigen Jugendgenossen in der Stube saß, hinein und suchte lange und umständlich in dem Bücherregal. Das Gespräch verstummte. Alle warteten.

Hilde beobachtete ihn und fragte:

„Was suchst du denn da, Papa?“

(Fortsetzung folgt.)

944 Mark im D. M. V. unterschlagen

Eine langjährige SPD-Leuchte erlischt - Ein Loch in die blecherne Front

Jauer. Der bisherige langjährige Kassierer des D.M.V., Ortsgruppe Jauer, ein stämmiger SPD-Mann, welcher das größte Vertrauen der SPD. besaß, erschütterte die Vertrauenskrise um 944 Mark.

Es ist wohl den einzigen Kandidaten schon aufgelassen, daß er mit seiner Leuchte nicht ganz rein war. Ihm erliefen eines Tages eine bekannte Größe aus Breslau, der Revier-Kassierer, und verriet ihm die ganze Sache. Aber ein Wunder, man hätte gedacht, diese Größe würde Licht in diese Schweinerei bringen. Es scheint aber mit diesem Kassierer auch in seiner Mission zu hupern, denn er hatte es gar nicht beachtet, daß ihm der Kassierer Belege vom Jahre 1930 vorgelegt hatte. Und so ist nur ein „kleines Manne“ festgestellt worden. Dieses Talent wurde aus der Ortsgruppe heraus eine Kommission vorgeschrieben, und man kam hinter den Betrag.

Es ist übrigens nicht verwunderlich, daß man noch mehr solcher Platon in der SPD. hat, welche auch nicht besser sind, sie werden aber immer wieder als leitende Leuchten gewählt. Auch die ganzen Jahre hindurch sind bei der SPD. Jauer derartige Schweinereien vorgefallen.

Wenn es sich hier um einen Kommunisten handelte, so fiele die SPD. mit dem Schmierengel, der „Kassierer“, wie die Kettenhund über her. Die als Kommunisten räumen mit derartigen Menschen schnell auf, welche solche unehrliche Machenschaften begehen.

Arbeiten wird bestraft

Peterwig bei Jauer. Ein hiesiger Arbeiter bemühte sich um eine Verdienstmöglichkeit. Es war ihm möglich, 14 Tage Arbeit zu verrichten und er verdiente dabei insgesamt 20 Mark. Als die Arbeit

erledigt war, meldete er sich auf dem Arbeitsamt Jauer erneut. Dort wurde ihm der Befehl erteilt, daß er drei Wochen Karenz durchzumachen habe. Zur Bestrafung, daß der Prolet vierzehn Tage gearbeitet hatte, muß er jetzt fünf Wochen im D. M. V. auskommen.

Solidarität

Peterwig bei Jauer. Zu Ende des Jahres wurden durch den Pflichtarbeiterstreik drei Genossen gemahnt. Ein hiesiger Unterstützungsempfänger sammelte auf einer Liste einen größeren Betrag, so daß jeder der gemahnten Kollegen schadlos bleibt. Denjenigen, die ihre Scherflein zeigten, um die Profiten vor dem größten Not zu bewahren, sind Parteifreie und Mittelständler. Die Solidarität des Proletariats ist eine starke Waffe.

III.-Feier

Sirkberg. Freitag, den 29. Januar, 20 Uhr im „Berliner Hof“. III.-Geburtsfeier unter Mitwirkung des Arbeiter-Musikvereins und des Mandolinenorch. Eintritt 20 und 10 Pfennig.

B Empfehlenswerte Geschäfte in Breslau und Provinz

Zentrum

Adler, Phönix und Dürkopp
Nähmaschinen für Hausgebrauch, Heimarbeit u. Gewerbe - Geringe Anzahlung, kleine Wochenraten - Nadeln, Ersatz- und Zubehörteile sowie Reparaturen aller Fabrikate
Josef Gröblich, Mechanikermeister, Herrenstr. 24
45133

Unterstützt die einzige
„Zigarettenfabrik Breslaus“
Raucht die aus den besten
Tabaken hergestellte Zigarette
„Schlesierstolz“
44534

Nur mit „Ruba“
ganz allein
blendend rein
wie Sonnenschein
Ruba-Seife
für jede
Wäsche
44213

Möbel
gut und billig
bei
Biener & Dührig
„Möbelquelle“
Kupferschmiedestr. 28
45592

Besucht die
Toni-Imbühne Ost
Tautenzienstr. 177
am Ohlauer Tor
44833

Süd

F. Dietsch
45079 Gräbschener Straße 110
Drogerie
und Fotohandlung
A. Kirchner
Gräbschener Straße 53
43184

Konrad Haunschild, Gräbschener Str. 58
44210 Kolonialwaren
Täglich frisch gerösteter Kaffee

Reinhold Schoepke, Gräbschener Straße 42
44612 Eisenwaren, Haus- u. Küchengeräte

Hausfrauen
Eure Kolonialwaren bei
H. Wenzel, Lehmgrubenstr. 68
44200

Kolonialwaren u. Weine
Wilhelm Krieger, Steinstr. 91
45372

Eduard Sternitzke, Lewaldstraße 8
43927 Fleischerei und Wurstfabrik

Nord

Josef Matejka
44023 Fleischerei u. Wurstfabrik
Gute Ware, niedrige Preise
nur **Rosenthaler Straße 4**

Wild - Geflügel
44743 **Max Schlag, Scheinitzer Straße 14**

Feine Fleisch- und Wurstwaren
44907 bei **K. Klumpke, Hirschstr. 70**

Bäcker u. Konditorei
44907 **Karl Pusch**
Hedwigstr. 22 - Filiale: Steinstr. 122
Karlowitzermarkt 11

Ost

Neuzeitliche Gasapparate
Bequeme Teilzahlung
Städtische Gaswerke

Spare bei der **Stadt-Sparkasse** Oels 43657
(Rathaus)

Molkerei Oels-Juliusburg empfiehlt täglich ihre
43656 frischen Molkereiprodukte

Palast-Theater
43666 Dienstag und Freitag. Programmwechsel
Stets die neuesten **Tonfilme**

Albert Willmann, Cullenstr. 5
43653 Arbeitsbekleidung, Bettwäsche, Inlets
Bettdecken - 5 Prozent Rabatt

Kauf am Platze 43659
Feine Fleisch- und Wurstwaren
bei **Max Schapke, Ring 54**
43660

Schuhhaus
Ring 16 43654
Schape

Fahrradhandlung und Reparaturwerkstatt
43658 **Fritz Becker, Nachodstraße 3**

Empfehlenswerte Lokale in Breslau

Gastwirtschaft „Zur Erholungsstätte“
44153 Inhaber: **Hermann Wittke** - Telefon 46127
Zimpeler Straße Nr. 37
6 Minuten von der Straßenbahnlinie!
Angenehmer Aufenthalt Für Familien besonders geeignet
Gute Verpflegung - Ausschank von **Haase-Bier**
43528

Zentral-Gaststätten 43153
Telefon 28427
Ballsaal mit moderner Bühne
Großes Vereinszimmer
Westendstraße 50/52. Inh. Fritz Viertel

Adlers Gaststätte, Friedr.-Wilh.-Str. 43676
Ecke **Wilmannsstr.**
Angenehmer Aufenthalt
Besuchen Sie **Kubiks Gaststätte**
mit Garten, **Bergstraße 10**
Kulanteste und billigste Bedienung 443549

Besucht das
Zentral-Theater 44519
Westendstr. 50-52

Verlangt 44218
„**Richter-Korn**“

Paul Döring 43481
Gastwirtschaft
Rosenstraße 26

Besucht
Hupkas Gaststätten
Matthiasstraße 88 Adalbertstraße 27
Frankfurter Str. 19 Steinauer Str. 35/37
43926

E. Richter, Likörfabrik 43942
Brieger Straße Nr. 8-10

Alle Lebensmittel bei
E. Ulrich Nachf., Oderstr. 44
43667

Strehlen
Fleisch- und Wurstwaren
Rth. **Hartmann, Wasserstr. 1**
45673

Holz- u. Kohlenhandlung
M. Finger, Frankentiner Str. 1
43664

Herren- und Damen-Frisier-Salon
Erich Seidel, Münsterberger Str. 22
43665

Reserviert 43666

Das richtige
Kornbrot
alle Tage frisch
Bäckerei Röhrich
Kohlna. 43 43596

Beuthen o. Oder, Bez. Liegnitz
Die sparsame Hausfrau
1917 kauft ihre **Lebensmittel**
nur bei **Georg Meißner, Kolonialwaren**

Fleischerei und Wurstfabrik
1918 **Richard Kliemt**

Richard Malwald, Junkernstr. 10
44622 Lebensmittel, Spirituosen, Tabakwaren

Lebensmittel und Gemischtwaren empfiehlt
Paul Reimann Nachf., Schilling, Glogauer Str. 44
44620

Carl Gänside
Uhren - Musikwaren - Optik
Junkernstraße 44 44621

Breslau-West

Molkerei Emanuel Kroll
43154 Aisenstraße 21 Lehmhamm 2

Reserviert
Wüsteglersdorf 44112
Südfrüchte, Obst, Gemüse zu
niedrigsten Preisen empfiehlt
Obst- und Gemüse-Zentrale, Blumenau 31

Ernst Teichmann, Hauptstr. 1
44122 Kleiderstoffe, Bettwäsche, Haus-
und Küchenwäsche, **Trikotagen**
Bei Barzahlung 5 Prozent Rabatt

Jauer

Wilh. Brühl 44204
Berufsbekleidung
Kirchstr. 3

Brodt- u. Feinbäckerei
44206 **Fr. Peschke**
Lindenstraße 7

**Handschuh-
Spezialgeschäft**
44200 und Herrenartikel,
Damenstrümpfe
Wilhelm Lietert, Ring 23

Herren- und
Knaben-Bekleidung
kauft bei
Otto Schneider
Königsstraße 30

Reserviert 44207
Reserviert 43641

Brodt-, Weiß- und Feinbäckerei
44205 **Curt Warmuth, Königsstraße 12**

44206 **Max Feinzier, Inh.: Wilhelm Pohl**
Großdestillation u. Likörfabrik, Fern-
ruf 134, Königsstraße 11 u. **Ausschank**

Verlangt stets Haselbach- und Kipke-Bier
44203 **Erich Keil, Kirchstraße 1**

Franz Bittner, Striegauer Straße 8
44201 **Brodt-, Weiß- und Feinbäckerei**

Besuchen Sie die Billig-Baumwolle
43940 „**Gasthof 3 Tauben**“

Lebensmittel 43939
Martha Romainczyk, Ahlauer Str. 18 a

Likör- und Essigfabrik
43936 **Alois Weiß, Goldberger Straße**

August Felde & Sohn Telefon 103
43935 **Likörfabrik u. Weinhandlung**
Tabakwaren, Fruchtsaftpresserei

Schuhwaren und Fußpflege
43937 **K. Klieck, Goldberger Str. 32**

„Schauburg-Lichtspiele“
44511

Reinhold Köhler
43934 Vorwerkstraße 32
Fleisch- und Wurstwaren

Richard Wenke
43942 Goldberger Straße 24
Fleisch- und Wurstwaren

Wilhelm Weinhold
43933 Goldberger Straße 10
Ia Fleisch- und Wurstwaren

Imbißstübchen 43108
„**Drei Kronen**“
Treff der Werktätigen

Inserate
haben in unserer Zeitung
guten Erfolg

Wüsteglersdorf

Hugo Schreiber 44123
Dörnhauserstr. 1
Fotografisches Atelier
empfiehlt sich zu
Hochzeits- u. Gruppen-
aufnahmen. Die
Handlung f. d. Amateur

Alfons Himmel 44117
Hauptstraße 45
Lebensmittel
und Schularartikel

Milch und
Molkereiprodukte
Robert Hartwig
Hauptstraße 6
44118

Paul Lange, Blumenau 28
44125 Kolonialwaren, Spirituosen, Cabake

Fleisch- und Wurstwaren.
44124 **Otto Franke, Auenstr. 25**

Schuhhaus Eduard Scholz
44115 Hauptstraße 45

Kauft bei Max Karschner 44119
Größte Auswahl in Textilwaren

Löwen-Drogerie, Inh. Alfred Urban 44113
Hauptstraße Nr. 15

Carl Schönler, Dorfstraße 127 44114
empfiehlt Konfektion u. Schuhwaren
zu niedrigsten Preisen

Schützenhaus Maltwasser Beliebtes
44126 15 Min. v. Bahnhof Ober-Wüsteglersdorf
Jeden Sonntag Tanz
E. Strauch

Reserviert 35

Pelsterwitz 44630
Fleischerei u. Wurstfabrik
Max Runschke, Lindenstraße 9

Görlitz
45148 Möbelfabrik und Magazin
45148 **Wilhelm Fiebig, Christoph-Ludwig-Str. 48**